

Danziger Volksstimme

Die „Danziger Volksstimme“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis: In Danzig bei freier Zustellung ins Haus monatlich 2.— Mk., vierteljährlich 5.— Mk., halbjährlich 10.— Mk., jährlich 18.— Mk. — Redaktion: Am Spandhans 6. — Telefon 170.

Organ für die werktätige Bevölkerung
••••• der Freien Stadt Danzig •••••
Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Einzelpreis: Die 8-spaltige Zeile 1,50 Mk., von anwärts 2.— Mk., Korbmarkt u. Wohnungsanzeigen nach bef. Tarif, die 3-spaltigen Korbmarkt 2.— Mk., von anwärts 6.— Mk. Bei Wiederholung Rabatt. Annahme bis 10 Uhr. — Druckerei: Danzig 2048. Expedition: Am Spandhans 6. — Telefon 2200.

Nr. 122

Sonnabend, den 28. Mai 1921

12. Jahrgang

Das oberschlesische Sphingrätsel.

Neue Versuche zur Lösung des oberschlesischen Problems.

Paris, 27. Mai. „Chicago Tribune“ meldet, der Plan des Grafen Sforza für die Schaffung eines unabhängigen Oberschlesiens werde vermutlich von den Engländern und Amerikanern unterstützt werden. Danach sollen einige kleine Industriezentren an der polnischen Grenze den Polen und mehrere von den größeren Städten mit deutscher Mehrheit Deutschland zugeteilt werden. Das Gebiet dazwischen mit den Hauptindustriezentren, die von polnischer Bevölkerung umgeben seien, werde in einen unabhängigen Staat verwandelt werden, doch solle der Plan erst eingebracht werden, wenn nachgewiesen sei, daß die gegenwärtige interalliierte Abstimmungskommission zu keinem einmütigen Vorschlag kommen könne.

Paris, 27. Mai. Laut „Echo de Paris“ schlugen der englische und der italienische Kommissar in Opatowitz vor, Deutschland die westlichen und Polen die östlichen Bezirke Oberschlesiens zuzuführen, während die alliierten Truppen die der Leitung vorbehaltenen Gebiete besetzen würden. Der englische und der italienische Kommissar wollten die Leitung des Industriegebietes auf unbestimmte Zeit zurückgestellt sehen. In der Zwischenzeit sollte es von einer interalliierten Kommission unter dem Vorsitz eines französischen Generals verwaltet werden.

Paris, 27. Mai. „Petit Parisien“ und „Echo de Paris“ erklären, Graf Sforza schlage vor, Polen 45 Prozent der Stimmen zuzuführen, d. h. 5 Prozent mehr als nach dem Vorschlag des Obersten Percival. „Petit Parisien“ hält es aber für sehr zweifelhaft, ob Frankreich diesen Vorschlag annehmen werde und erklärt, daß die französische Regierung unter diesen Umständen heute den Alliierten vorschlagen werde, zunächst eine Sachverständigenkommission zu berufen und nachher erst den Obersten Rat. Dieses Verfahren habe Aussicht auf Annahme in Rom.

Bedenkliche Lage der oberschlesischen Industriestädte.

Opatowitz, 27. Mai. Aus Beuthen wird gemeldet, daß am 23. die Polen versuchten, in Beuthen einzudringen. Sie kamen bis vor das gerade gegenüber dem Beuthener Hauptbahnhof gelegene deutsche Plebiszitkommissariat und verließen es erst, nachdem die französischen Soldaten mit ihren Unterhandlungen gepöbelt hatten. Zugleich drangen polnische Banden in der Richtung Kors nach Beuthen vor und gelangten bis an das auf der Hindenburgstraße gelegene Promenadenrestaurant. Sie überfielen zu gleicher Zeit die im Stadtpark belegene Wohnung der Postbeamten Böhm und Görlitz, verwundeten Böhm durch Bauchschuß und verschleppten Görlitz. Böhm ist den Verletzungen erlegen.

Opatowitz, 27. Mai. Polnische Anführer sprengten den Bahnhof Rosenberg und einige Privatgebäude in die Luft. Seitliche Angriffe der Anführer bei Borek und Klajekna wurden zurückgeschlagen. Allem Anschein nach haben die Polen nördlich und südlich von Rosenberg sich bedeutend verstärkt. Im ganzen Südbereich des Aufstandsgebietes herrschte heute lebhafteste polnische Feueraktivität. Der italienische Kreisinspektor erhielt auf der Fahrt über Sand soch s Schüsse in seinen Kraftwagen. In der Gegend von Kosel war die Feueraktivität der Polen besonders über Nacht sehr stark. Die Lage der eingeschlossenen Städte im Zentralgebiet des Industriegebietes ist so bedenklich, daß mit einer Uebernahme der Städte an die Anführer zu rechnen ist. Die Kohlenfrage wird bedrohlich, weil kein geregelter Transport stattfindet.

Die „Post, Ztg.“ gibt eine Mitteilung des „Temps“ wieder, der zufolge Korsantj und die Anführerführer sich bereit erklärten, die Autorität der interalliierten Kommission anzuerkennen, und teilt mit, daß auch in Berliner diplomatischen Kreisen eine Meldung vorliege, die von Korsantj's Rückzugsbereitschaft spricht. Das Blatt warnt aber gleichzeitig vor einer Ueberhöhung jedes Versprechen Korsantj's.

Wie der „Berliner Lokalanzeiger“ aus Kattowitz meldet, konnte dort die Wasserleitung wieder instandgesetzt werden. Die „Kattowitzer Morgenzeitung“ berichtet, daß am Donnerstag in das Unterkommissariat für Deutschland in Kattowitz zwei Männer mit vorgehaltenen Revolver eindringen und 100 000 Mark stahlen. Einer von den Räubern konnte auf der Straße festgenommen werden. Es ist der bekannte Polenführer Wucha aus Kattowitz.

Die vereinigten Verbände heimattreuer Oberschlesier erlassen einen Aufruf „An Alle“ mit der Ueberschrift „Oberschlesien in Not“. Folgende Forderungen werden darin aufgestellt: „General Le Rond ist sofort abgerufen. Durch die beschleunigte Entsendung ausreichender englischer und italie-

nischer Truppen ist die Ruhe in Oberschlesien wieder hergestellt und die Grenze gegen Polen abguschließen. Die ganz zwittrerte Welt wird aufgefordert, dafür einzutreten, daß der Friedensvertrag nicht zum Neuen Papier werde, damit nicht die oberschlesischen Brüder und Schwestern weiterhin der Willkür und dem Hass polnischer Banden preisgegeben sind.

Breslau, 27. Mai. Die gestrige Meldung der „Kots Fahne“ über Maßnahmen des Breslauer Gewerkschaftsartikels zur Bewaffnung der Breslauer Arbeiter wird vom Vorsitzenden des Gewerkschaftsartikels als vollständig unrichtig bezeichnet. Das Gewerkschaftsartikel befaßt sich nur mit wirtschaftlichen Angelegenheiten und hat einen beratenden Beschluß, über dessen Ausführung die „Kots Fahne“ Einzelheiten wissen will, niemals gefaßt.

Opatowitz, 27. Mai. Vorgestern nachmittag sind der englische Kreisinspektor von Rosenberg, sowie der holländische und italienische Beigeordnete des Kreisinspektors in Opatowitz eingetroffen. Sie haben Rosenberg endgültig verlassen mit der Begründung, daß sie ohne jede Autorität seien, um auch nur den geringsten Schritt für die Aufrechterhaltung der Ordnung in Rosenberg noch auszuüben. Dieses ist der erste Fall, daß die Behörde eines Kreisinspektors gänzlich aufgelöst wird.

Bayern entwaffnet endlich.

München, 27. Mai. Nach der „Bayerischen Staatszeitung“ wird sich der Ministerrat voraussichtlich morgen nochmals mit der Entwaffnungsfrage befassen. Die maßgebenden Stellen sind durchaus einig über die zu ergreifenden Maßnahmen.

Nach einer Meldung der „Bf. Ztg.“ aus München habe Landeshauptmann Dr. Eischerich dieser Tage in aller Form erklärt, daß er sich ohne Einschränkungen hinter die Regierung Rahr stelle und ihren Beschlüssen, wie sie auch ausfallen werden, unbedingt beugen wird. Man erwartet infolgedessen in den Regierungskreisen einen reibungslosen Fortgang der ganzen Angelegenheit der Entwaffnung und Auflösung der Einwohnerwehren.

Wie der „Deutschen Allg. Zeitung“ von unterrichteter Seite mitgeteilt wird, ergibt sich bezüglich der zwischen dem Reich und Bayern geführten Verhandlungen über die Einwohnerwehrrfrage nicht mehr das frühere ernste Bild. Bei der praktischen Durchführung der zu treffenden Maßnahmen können allerdings gewisse Einzelheiten noch Schwierigkeiten bereiten.

England winkt die Räumung der rechtsrheinischen Kohlenhäfen.

Wie „Deure“ mitteilt, hat bei der Unterredung mit Briand der englische Botschafter Lord Hardinge wegen der Aufrechterhaltung der Besetzung von Häfen des rechten Rheinufers, also der Städte Düsseldorf, Ruhrort und Duisburg durch französische und belgische Truppen, Vorstellungen erhoben.

London, 26. Mai. Das Kriegsamt teilt mit, daß das erste der vier englischen Bataillone, die vom Rhein nach Oberschlesien gehen, Abn Freitag Nacht verlassen wird. Außer diesen vier Bataillonen werden noch zwei Bataillone irischer Regimenter, die jetzt in England sind, nach Oberschlesien gehen, so daß sich schließlich sechs englische Bataillone dort befinden werden.

Französisches Todesurteil gegen einen marokkanischen Soldaten.

Mainz, 27. Mai. Das französische Kriegsgericht verurteilte die beiden marokkanischen Soldaten Mohammed Ben Mohamed und Ahmad Ben Mohamed, die am Himmelfahrtstag auf der Straße Höchst-Ried den Angestellten der Höchst-Farbwerke Bergmann ermordeten, den ersteren zum Tode und zur Degradation und den zweiten zu lebenslänglicher Zwangsarbeit und Degradation. Der Wirt Josef Walter aus Ried, der beschuldigt ist, den Soldaten eine Flasche Cognac verkauft zu haben, wurde zu drei Monaten Gefängnis und 5000 Mark Geldstrafe verurteilt.

Die Ablieferung der ersten Rate der Reparationsschuld.

Berlin, 27. Mai. Die Reparationskommission hat die erste Anzahlung auf die eine Milliarde Goldmark, die von der deutschen Regierung in Höhe von 150 Millionen Goldmark in Form von verschiedenen ausländischen Devisen angeboten worden war, bekanntlich in Dollar verlangt. Wie wir hören, ist der Umtausch jetzt durchgeführt und die 150 Millionen Goldmark sind in Dollar vollständig an die Federal Reserve Bank in New York überwiesen worden.

Die Ereignisse in Oberschlesien und die Zukunft Polens.

Von R. Smig-Senaria.

Die nachfolgenden schändlichen Ausführungen des Russen vermitteln unsern Lesern ein zutreffendes Urteil über die Polenpolitik im Zusammenhang mit den übrigen Ostfragen. Wir hoffen freilich einwillen noch, daß die zukünftigen Erwartungen des Verfassers über die Zukunft Oberschlesiens sich nicht in vollem Umfange bewahrheiten werden. D. Reb.

Während des Rückzuges des russischen Heeres im Herbst vorigen Jahres räumten die Bolschewisten u. a. auch Wilna. Die Stadt wurde darauf von litauischen Truppen besetzt und zur Hauptstadt Litauens ausgerufen. Während nun die Polen mit den Litauern über die Festlegung der neuen Grenze verhandelten, kam ganz unerwartet die Nachricht, daß ein Teil des polnischen Heeres unter Führung des Generals Jellgowski auf „eigene Faust“ den Litauern den Krieg erklärt und nach kurzen Kämpfen Wilna besetzt habe. Die polnische Regierung versicherte der ganzen Welt, daß sie mit diesem Abenteuer nichts zu tun habe, und daß sie das Vorgehen des General scharf verurteile. Doch bei diesen Versicherungen blieb es auch, und die polnische Regierung unternahm nicht nur nichts gegen den rebellierenden General, sondern feierte im Gegenteil Jellgowski als „Befreier“ Wilnas. Es wird schon bald ein Jahr sein, daß das Wilnaer Gebiet von den „Anführern“ besetzt ist, und es besteht kaum ein Zweifel darüber, daß der Oberste Rat, der vor eine vollendete Tatsache gestellt ist, letzten Endes zugunsten Polens entscheiden wird.

Die Methode der Ueberrumpelung hat scheinbar den Warschauer Politikern so gefallen, daß sie dieselbe zum System erhoben haben. Wenn man die heutigen Ereignisse in Oberschlesien mit dem Wilnaer Abenteuer vergleicht, so sieht man, daß Polen bei der Lösung der oberschlesischen Frage sich derselben Taktik bedient, wie seinerzeit bei der Besetzung Wilnas. Ebenso wie damals Litauen, soll heute Deutschland vor vollendete Tatsachen gestellt werden. Und ebenso wie seinerzeit bei der Besetzung von Wilna erklärten heute die Warschauer Drahtzieher, mit den Ereignissen in Oberschlesien nichts zu tun zu haben, was aber sie nicht hindert, die künftigen Ereignisse moralisch und materiell zu unterstützen.

Die Abstimmung in Oberschlesien hat zweifellos eine deutsche Mehrheit ergeben. Zwar hätte das Abstimmungsergebnis viel günstiger ausfallen können, wenn nicht die Fehler in der Politik des alten kaiserlichen und zum Teil auch des republikanischen Deutschlands einen günstigen Boden für die deutschfeindliche Agitation geschaffen hätten. Aber jedenfalls hat die Abstimmung deutlich bewiesen, daß Oberschlesien nicht nur wirtschaftlich, sondern auch ethnographisch (außer den Kreisen Pleß und Rybnitz) zu Deutschland gehört. Und wenn trotzdem Korsantj und seine Warschauer Hintermänner Deutschland vor eine „vollendete Tatsache“ stellen wollen, so bedeutet dieser Versuch eine Vergewaltigung des freien Selbstbestimmungsrechts des deutschen Volkes. Die Besetzung des Industriegebietes durch die Aufständigen ist nicht ein Akt des Rechts und des Schutzes der „oberschlesischen Arbeiter und Bauern“, wie das Korsantj vorzählt, sondern ein Akt der brutalen Gewalt.

Welchem Schicksal Oberschlesien entgegensteht, darüber kann man noch nichts Bestimmtes sagen. Aber trotz der letzten Rede Lloyd Georges muß man doch damit rechnen, daß die Gewalt über das Recht siegen und das oberschlesische Industriegebiet de jure oder de facto Polen zufallen wird. Aller Wahrscheinlichkeit nach wird Polen auch weiterhin triumphieren können.

Angesichts der blutigen Ereignisse in Oberschlesien und angesichts der Tatsache, daß Polen versucht, die oberschlesische Frage mit Gewalt zu seinen Gunsten zu lösen, will man sich unwillkürlich fragen: Was denkt man sich eigentlich in Warschau? Wie stellt man sich dort die nahe Zukunft vor, und denkt man dort überhaupt an dieselbe?

„Je mehr Feinde, desto besser.“ Dieses Motto haben sich scheinbar nach den Deutschnationalen auch die polnischen Größenwahnsinnspolitiker angeeignet. Man bedenke nur: In der kurzen Zeit seines zweijährigen Bestehens hat das neue Polen es fertig gebracht, sich mit den Russen, Ukrainern, Litauern und Deutschen zu verfeinden.

Den Deutschen hat Polen mit Gewalt einen Teil Westpreußens und den Danziger Korridor entzissen. Jetzt strebt es danach, das zweitgrößte Industriegebiet Deutschlands mit Gewalt anzueignen. Von dem durch den dreijährigen Bürgerkrieg geschwächten Rußland hat es in Kiga große, von Weißrussen bewohnte Gebiete erpreßt. Den Litauern hat es ebenso mit Gewalt das Wilnaer Gebiet und den Ukrainern Ostgalizien entzissen. Dem Scheine nach ist Polen durch seine Eroberungspolitik größer und mächtiger geworden. In Wirklichkeit wird aber der innerlich noch nicht an-

letzte Staatsorganismus Polens durch die russische und deutsche Irredenta geschwächt.

Heute ist Rußland wirtschaftlich, Deutschland militärisch zusammengedrückt. Sind nun die Warschauer Vorkämpfer so einseitig, um zu glauben, daß es immer so sein wird? Der Friede von Riga wird vom russischen Volk ohne Unterschied der Parteirichtung als Gemäßigtes betrachtet. Die Vorkämpfer, die heute als Repräsentanten Rußlands betrachtet werden müssen, haben diesen Frieden nur unter dem Druck des Zwanges unterschrieben, um eine „Atempause“ zu bekommen. Aber auch die Emigration hat gegen den Frieden von Riga entschiedene Stellung genommen. Das Organ der Berliner Radikalen „Ruf“ und des Zentralorgans der Sozialrevolutionäre „Wolfs Ruf“ erklärten, daß der Friede von Riga für Rußland unannehmbar sei und vom russischen Volk nicht anerkannt wird. Vor kurzem noch erklärten der Führer der Sozial-Revolutionäre, Kessenjow, und der Führer der Konservativen, Trepow, im „Berliner Tempel“, daß der Friede von Riga ein Akt der Gewalt sei. Man kann dieses Verhalten des russischen Volkes zum Friedensvertrag von Riga wohl begreifen, wenn man bedenkt, daß nach diesem Vertrag von Rußland ein Gebiet von 185 000 Quadratkilometer, das von fast 7 Millionen Bewohnern bewohnt ist, entzogen wird. Es ist deshalb klar, daß Rußland sich wieder aufrichtet, und über kurz oder lang wird das geschah, es von Polen aus nationalen und wirtschaftlichen Gründen des zurückverlangt wird, was ihm dem Rechte nach zusteht.

Heute triumphieren die Warschauer Vorkämpfer. Doch ihr Triumph wird nicht von Dauer sein. Denn durch ihre erprobungsreiche Halbschwarzpolitik schafften sich die Warschauer Friedensstörer in den beiden mächtigen Nachbarländern, deren gegenwärtige Ohnmacht eine nur vorübergehende Erscheinung ist, erbitterte Feinde. Wird der politische Kurs in Warschau auch weiterhin sich nicht ändern, so wird Polen im Osten und Westen von Feinden umgeben. Im Innern von der deutschen, weißrussischen, ukrainischen und litauischen Irredenta geschwächt, schwachen und verhängnisvollen Zeiten entgegensehen.

Wirtschaftspolitische Rundschau.

Zunahme der Arbeitslosigkeit. — Die russische Beteiligung an der Industrie in Ungarn. — Neue Steuern und Notensteuer. — Die Zolllinie am Rhein. — Das Gold im Westen. — Erhöhter Zolltarif in England und der Schweiz.

Nach den amtlichen Ermittlungen, die im Reichsarbeitsblatt veröffentlicht werden, ergibt sich für den Monat April leider eine weitere Zunahme der Arbeitslosigkeit. Die Einzelberichte von 1717 typischen Industriebetrieben lassen eine deutliche Abschwächung des Geschäftsganges erkennen. Von den rund 1 237 000 Arbeitern und Angestellten, die am 15. April in diesen 1717 Betrieben tätig waren, gehörten nur noch 28,9 v. H. gegen 30,1 v. H. im Vormonat gut beschäftigten Unternehmungen an, und es waren auch nur noch 28,1 v. H. gegen 30,0 v. H. im Vormonat in Betrieben mit betrügerischem, dagegen 41,7 v. H. gegen 37,9 v. H. im Vormonat in Betrieben mit schicktem Beschäftigungstätigkeit. Uebereinstimmend mit dieser Darstellung des Beschäftigungsgrades berichten die Landesarbeitsämter von einem beträchtlichen Steigen der Zahl der Arbeitslosen. Dieser wird diese Kurve im Mai noch weiter eine Neigung nach unten zeigen, und bevor nicht eine Klarheit vorhanden ist über die aufzubringenden Mittel, die die Reparationskommission von Deutschland fordert, ebenso bevor nicht in Oberösterreich eine Klärung der politischen Lage stattgefunden hat, werden mit irgendwelcher merklicher Besserung im deutschen Wirtschaftsleben nicht zu rechnen haben.

Die Deckung der Forderung, die das Ultimatum Deutschland auferlegt hat, ist Gegenstand vielfacher Betrachtung in der bürgerlichen Presse, besonders auch unter Würdigung der

wirtschaftlichen Folgen, die mit der Ausbringung so gewaltiger Summen verbunden sind. Unverkennbar ist, daß die ungarische Regierung zu einem Schritt übergegangen ist, der ganz aus dem Rahmen der bisherigen Steuerpolitik herausfällt. Man beschließt nach diesem Schritt eine Verringerung des Steuersatzes an den gesamten industriellen Umsatzmengen, und zwar ist die Durchsetzung so gemacht, daß die Umlageeinkommen eine 10prozentige Verringerung aus ihrem bisherigen dem Staat überantworten. Auf Einzelheiten dieses sehr interessanten Problems, das auch von uns in der vorausgegangenen Rundschau für Deutschland empfohlen wurde, kann hier nicht eingegangen werden. Es genügt darauf hinzuweisen, daß unter dem Zwange der Verhältnisse auch Ungarn den Weg beschreiten muß, der wirtschaftlich auch in Deutschland zur unabweisbaren Notwendigkeit wird. Von einigen Seiten wird in der Handelspresse unter Darlegung der hohen Belastung, die Deutschland zu tragen hat, mit wenig Zuversicht über die Erfüllung der Verpflichtungen geurteilt. Das Wahrscheinliche ist, daß man nach neuen Steuern sucht, auch Zollerhöhungen propagiert, die aber in ihren Ergebnissen natürlich nicht begründet an das, was notwendig aufgebracht werden muß. Man begegnet deshalb der Auffassung, daß, wenn durch Steuererhöhungen die Mittel nicht aufgebracht werden können, so immer noch das Zahlungsmittel besteht, die Kassenpreise in Bewegung zu setzen. Gegen diese Finanzpolitik muß jetzt schon mit aller Entschiedenheit Stellung genommen werden. Die Ausnützung der Notenscheine in noch größerem Umfange als bisher bringt Deutschland in weiteren wirtschaftlichen Verfall und treibt die Entwertung der deutschen Wälsche mit Riesenschritten weiter abwärts. Schließlich muß die Herausgabe von Papiergeld einmal aufhören. Sie kann im Hinblick auf die gegenwärtige Finanzlage nicht als ein weiteres Zahlungsmittel zur Befreiung der notwendigen Ausgaben erachtet werden.

Die Errichtung der inneren Zolllinie am Rhein hat die Folgen gezeigt, die vorausgesehen waren. Es macht sich selber wieder im Westen ein sehr lebhafter Verkehr bemerkbar, der jeder Kontrolle entweicht, und noch viel schlimmer gehalten sich der Zustand, daß Luxuswaren und Verbrauchsgüter, die von der Einfuhr bisher ausgeschlossen waren, ungehindert wieder in das Inland einströmen. Das Gold im Westen öffnet sich wieder, nachdem es mit vieler Mühe durch monatelange Verhandlungen mit der Entente eingeleitet 1920 verstopft wurde. Diese unkontrollierte Einfuhr, die auch mit Genehmigung der von der Entente eingesetzten Zollbehörden geschieht, muß im Hinblick auf Deutschlands Finanzlage von den übrigen Folgen begleitet sein, wenn es nicht gelingt, recht bald diesen unersättlichen Zustand zu beenden. Hoffentlich ergibt sich, nachdem die Regierung die Bedingungen des Ultimatums anerkannt hat, die Möglichkeit, nunmehr auch diese Schikane des Verkehrs und der freien Einfuhr zu beseitigen, damit Deutschland wieder unbeschränkte Bestimmungen treffen kann über die Festsetzung seiner Einfuhr. Diese Forderung wird sich um so leichter erreichen lassen, weil nach allen bisherigen Mitteilungen die Einnahmen aus dieser Zollverwaltung sehr gering sind.

Es konnte nicht überraschen, daß Deutschland unter dem Druck der Maßnahmen, die die Entente zur Ausführung brachte, fast zu einem Stillstand in der Ausfuhr nach den Ententeländern gekommen ist. Wie bekannt, hatten die meisten Ententeländer eine 50 prozentige Exportabgabe für deutsche Waren auferlegt, die nunmehr nach dem Ultimatum von der deutschen Regierung den deutschen Exporteuren zurückgezahlt werden muß. England hat diese Exportabgabe bereits auf 25 Prozent herabgesetzt, d. h. es ist von der deutschen Ware die Ausfuhrabgabe zu erheben, die das letzte Ultimatum fordert, nur mit der Wendung, daß diese 25 Prozent in England erhoben werden, während Deutschland

nach dem Ultimatum allgemein angehalten ist, bis 20 Prozent von der deutschen Ausfuhr dem Garantiefonds überzuweisen. Es ist nicht klar ersichtlich, wie die Durchführung dieser verschiedenen Bedingungen erfolgen soll. Die Regierung hat sich für vor kurzem abgegebene Erklärung nicht eingelassen, noch vorbehalten, ob sie ganz oder teilweise von der deutschen Ausfuhr erhebt. Vergleichen wir die Erhebung der Abgabe oder eines Teiles derselben mit der Erhebung der Entente eine andere sich gleichzeitige, gemessen an dem Werte des Ausfuhrwertes zur Befreiung stellen müssen. Von den übrigen Ländern, die die 50 prozentige Abgabe für die deutsche Einfuhr eingeführt haben, sind bisher Mitteilungen darüber, daß an dort eine Zurücknahme der Abgabe ähnlich wie in England erfolgt sei, nicht bekannt geworden.

Die englische Vergünstigung, wenn man sie als solche betrachten darf, hat nun allerdings den bitteren Beigeschmack, daß durch die allgemeine Zollerrhöhung, die im englischen Unterhause vor kurzem beschlossen ist, für einige Waren, insbesondere aus Deutschland bezogen wurden, ein Zollzuschlag von 33 1/2 Prozent zur Durchführung kommt. Das wird natürlich die Exportmöglichkeit nach England (und umgekehrt) ganz abseihen davon, daß die Zollerrhöhung weiter gehen will, um einige Waren gänzlich von der Einfuhr fernzuhalten oder mit noch höherem Zolle zu belegen. Auch der Schweizer Tarif, der veröffentlicht wird, zeigt sehr erhebliche Erhöhungen einzelner Tarifpositionen, die geeignet sind, den lebhaften Handelsverkehr Deutschlands mit der Schweiz sehr zu erschweren. Der Handelsvertrag ist gefällig, so daß die höheren Sätze, wenn es nicht zu einer Vereinbarung auf der Grundlage des neuen Handelsvertrags kommt, mit aller Schärfe gegen die deutsche Einfuhr in Wirksamkeit treten werden.

Diese Schutzbestrebungen in Ländern, die bisher für diese Bestrebungen keinen besonders günstigen Boden boten, sind nicht zuletzt zurückzuführen auf das starke Einströmen deutscher Waren zu niederen Preisen, die bei der Entwertung der deutschen Wälsche einen leicht sichtbaren Vorteil bieten. Handel und Industrie haben leider in der Beurteilung der wirtschaftspolitischen Verhältnisse, die sich aus dieser Unterbleitung im Preise auf dem Weltmarkte ergeben, nicht den Fernblick gezeigt, der nötig gewesen wäre, um deutsche wirtschaftliche Interessen wahrzunehmen. Man findet sehr oft, daß die interessierten Kreise nur von dem augenblicklichen Stande ihrer Interessen aus die Situation beurteilen und nicht die Folgen abschätzen, die eintreten müssen, wenn man nicht die Abwehrmaßnahmen der anderen Seite berücksichtigt. Die Einrichtung der Außenhandelsstellen in Deutschland war leider bei der freien Konkurrenz, die sich auf dem Weltmarkte in Preisunterbleitungen überstärkte, eine Notwendigkeit, und Deutschland hätte sicherlich manche der wirtschaftlichen Maßnahmen, die in den Ländern vorbereitet werden, die mit ihm einen sehr lebhaften Handelsverkehr pflegen, nicht zu erwarten, wenn auf diese Fernwirkung der deutschen recht verständlichen Maßnahmen der Handelswelt Rücksicht genommen wäre. Die Entwertung der deutschen Wälsche hat die Exportmöglichkeit gehoben, aber auch eine Konkurrenz großgezogen, gegen die sich das Ausland mit aller Schärfe wendet, und die nunmehr in ihrer Wirkung dazu führen muß, daß Deutschland sich nahezu abgeschlossen sieht von den Ländern, wo es bisher leicht und bequem Absatz fand. Es ist immer wieder dasselbe wilde Treiben kapitalistischer Interessensführung, die in der Regel eingestellt ist auf eine maßlose Ausnützung einer momentanen wirtschaftlichen Position. Aber wehe demjenigen, der in diese Interessensphäre eingreifen will! Gegen ihn erhebt sich die ganze Meute der kapitalistischen Profitjäger.

Antisemitismus, Schule und Jugend.

Von Volksschullehrer Max Koslov (Dresden).

Über die Stellung der deutschen Regierung zu den Juden bringt man unserer Jugend ganz falsche Begriffe bei. Darf man es billigen, wenn ein „Bäbagog“ im Unterricht gegen die „jüdische Schieberrepublik“, gegen die „Judenregierung“ loszieht? Es wäre diesem „wahrheitsliebenden“ Jugendführer ein leichtes, sich selbst zu überzeugen, daß Deutschland niemals eine „Juden“regierung hatte noch hat, weder im Reich noch in Sachsen oder in andern Ländern. Auch „Deutschland“ wissen ganz genau, daß die Zugehörigkeit dreier ehemaliger Minister zum Judentum inneren eines Ministerverbrauchs von 100 belanglos ist; abgesehen davon, daß unter den vielen Unterstaatssekretären, Regierungspräsidenten, Kreisbauinspektoren, Senatoren, Ministerialdirektoren und Geheimräten nachweisbar nur zwei Juden sind. In ganz Deutschland! So sieht das antisemitische Märchen von der Judenregierung aus. Was mag der armen Jugend von solchen Lehren sonst noch gelehrt werden? Ich würde mich nicht wundern, wenn in dieser Art Unterricht — etwa in Staatsbürgerkunde — demnächst Themen behandelt würden, wie etwa dieses: „Die archaische Welt Herrschaft und das Verhältnis der internationalen bolschewistischen Juden zu den internationalen kapitalistischen Juden.“ Jeder antisemitische Leser wird verstehen, daß man einem solchen Unterrichtsthema leicht eine Widerlegung schreiben könnte, in der man von den „arischen“ deutschen Schwerindustriellen und Magnaten, den schlesischen Kohlenbaronen und ostelbischen Großgrundbesitzern zu sprechen hätte. Sind denn Krupp, Thyssen, Cillner, Ehrhardt, Kösting, Kardorf, Fürst von Scharnhorst und Graf Händel von Dannewitz Juden? Die Großbanken sind durchweg Aktiengesellschaften, deren Aktienbesitz sich zum weitaus größten Teil in nicht jüdischen Händen befindet. Unter den zehn reichsten Deuten der Welt, die Nichtjuden sind, haben J. D. Rockefeller, Carnegie, W. Rockefeller, Armour, Ford und Vanderbilt ein ausschlaggebendes Übergewicht über den laienhaften profanistischen Weltantantismus. Der An-

antisemitismus aber spielt Studenten der Volkswirtschaft „Statistiken“ in die Hand, die „nachweisen“, daß sich neun Zehntel des Weltkapitals in jüdischen Händen befinden. Ein Kabinettstück antisemitischer Wissenschaftlichkeit!

Mit diesen „Märchen für groß und klein“ fängt man eben nicht nur große Kinder, man trägt sie gewissenlos an wirklich jugendliche heran, ja, man läßt sie in Flug- und Werbeproschüren durch die Jugend verbreiten! So drückte mir vor nicht langer Zeit auf der Straße ein halbkreisförmiger rotmäuliger Oberrealschüler des bekannte „Wimpelband“ in die Hand, das der „Deutschschlesische Schutz- und Trugbund“ mit der geheimnisvollen Hinterreppentrommel überschrieben versehen hat: „Erhaltung jüdischer Geheimnisse.“ Der Zusammenhang zwischen Judentum und Bolschewismus! Die „russische“ Zeitung „Prithw“ („Ruf“), aus deren Nummer vom 6. 2. 20 der Flugblattinhalt entnommen wurde, ist von — Berlin Antisemiten (!) gegründet. Der Artikel ist eine Fälschung! Der „Vereinsverein Deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens“ hat 10 000 Mk. (nicht nur 1000 wie Eckard) für denjenigen ausgelobt, der die Echtheit dieses Dokuments nachweisen kann. Diese gute Gelegenheit haben sich die Macher dieses Flugblattes entgehen. Unsere Jugend glaubt aber an diese „russisch-jüdische“, von — deutschen Judenfreßern in Berlin hergestellte Zeitung. Auch aus den Händen eines Dresdener Gymnasialisten empfing ich im letzten Sommer eine Nummer der „Deutschen Zeitung“ vom 31. 8. 20, in der ein Artikel angeführt war über ein Buch „Die heilige Weltanschauung und wir Juden“ von „Sigfried Penha-Tull“, in dem also — nach der „D. Z.“ — ein Jude selbst den Beweis erbrachte für die Gemeingefährlichkeit der Juden. Natürlich ist „Penha-Tull“ ein Pseudonym für „Tulpenhof“! Der wärsche Verfasser ist der antisemitische Schriftsteller und Zaurolt Hans Schliepmann in Berlin! Kommentar überflüssig!

Wer man so naiv zu glauben, daß die Jungen solchen Schwundel ungelesen und ohne dadurch versucht zu werden nur an Erwachsene verteilen? Die Kinder aus solchem Einfluß entstandenen Broschüren, mit denen ich seit einiger Zeit bedacht werde, tragen deutsche Merkmale, die jugendliche Verfasser vermuten lassen: „Mord und Totschlag den ver-

damnten Juden“ usw., lautete kürzlich der mit einem Hakenkreuz und einer Handgranate unterzeichnete Inhalt einer solchen Karte. Da haben wir die Wirkung antisemitischer Jugendzweckbildung! So will man die deutsche Jugend stillschweigend heben! Wir danken und finden erneut bestätigt, daß der Antisemitismus eine der übelsten Niedergangsercheinungen ist.

Daß so unsere Jugend mit Haß und Hebe und bössartiger Erfindung versucht wird, anstatt sie immer und immer wieder auf den Gedanken der Verführung, Duldsamkeit und Gerechtigkeit hinzuweisen, das ist mir als Lehrer das Widerliche. Daß man der Jugend Schwundromane und andre läbliche Bücher in die Hand drückt, ist eine weitere nicht geringe stiftliche Gefährdung des Nachwuchses.

Ich wende mich deshalb an alle Freunde unserer Jugend und rufe sie auf, nicht zur Unterdrückung der Juden, sondern zur Abwehr der Judenhege! Ich wende mich an unsere Jugend mit der Bitte, sich nicht kritiklos verhegen zu lassen, sondern sich sachlich aufzuklären! Und dem „Deutschnationalen Jugendbund“ empfehle ich, statt des Hakenkreuzkalenders und der Hinterbücher in seinen Reihen lieber das Buch seines Parteifreundes Fr. v. Oppeln-Bronikowski „Antisemitismus“ zu verbreiten und zum besseren Verständnis von Dinters Unfönn die in Berlin bei E. V. Schwetföcke u. Sohn erschienene Broschüre „Jüdische Geheimnisse“ von dem deutschnationalen Professor der evangelischen Theologie Geh. Konsistorialrat Dr. Herm. Straß zu lesen. Sie werden dort von einem der bedeutendsten christlichen Gelehrten hören — Geheimrat Straß eigene Worte — „daß es keine jüdischen Geheimnisse gibt“. Im Januar dieses Jahres hat Geheimrat Dr. Straß auf Anwürfe eines bekannten Antisemitenföhrers diesem seine fälschlichen und unwahren Behauptungen wissenschaftlich als völlig fälschlich nachgewiesen. Der bekannte Theologe und Gelehrte schließt mit den Worten: „Ich bin deutschnational und gehöre der kirchlich-politischen Richtung an, aber ich bin Gegner des Massenantisemitismus, den ich als unchristlich, unwissenschaftlich und dem Vaterlande schädlich verurteile.“ So spricht die Wahrheit und ein Volkserzieher. Aber das Gegenteil sagt, ist ein Jugendverderber.

Eduard Bernstein über die Politik der Sozialdemokratie.

Seit der Abtrennung Danzigs vom Reich ist es leider ein solches Ereignis geworden, einen führenden Parteigenossen aus dem Reich in öffentlicher Versammlung hören zu können. — Es war darum kein Wunder, daß der geduldige Saal des Cafe Derra gestern bereits frühzeitig bis auf den letzten Platz gefüllt war. War doch kein geringerer als der bekannte alte Führer der sozialdemokratischen Bewegung Genosse Eduard Bernstein gekommen, um der vom Mittellande abgetrennten Danziger Arbeiterschaft Aufklärung über die dort bestehenden Verhältnisse und über die Politik der Sozialdemokratie zu geben. In gebunden-reicher 3/4 stündiger Rede zeichnete Genosse Bernstein ein ausführliches Bild von der schwierigen Lage, in der sich Deutschland befindet und kennzeichnete die Stellungnahme der Sozialdemokratie zu den wichtigsten Zeitproblemen. Mehrfache Unterbrechungen durch Zurufe von kommunistischer Seite, konnten den Redner nicht beirren. Nur, daß er die Schreier mehrmals erfragen mußte, doch wenigstens vernünftige Zwischenrufe zu machen, auf die er eingehen konnte. Nach einigen vergeblichen Versuchen die Aufforderung zu erfüllen, gaben die kommunistischen „Geisteshebeln“ den Versuch auf, die Ausführungen Bernsteins durch weitere „geistlose Bemerkungen“ zu führen. Die Diskussion bot den Vertretern aller Parteien Spielraum, in halbständiger Redezeit ihre Ausführungen zu machen. Den Kommunisten gefiel es jedoch anscheinend nicht, daß die Versammlung ebenso eindrucksvoll beendet werden sollte als sie bisher verlaufen war. Als nach den inhaltreichen Ausführungen des Genossen Dr. Jant der hinsichtlich bekannte Kommunist Schmidt zum Worte kam und selbst dem Genossen Bernstein, der das Wort zu der Beantwortung einiger Fragen erstill bekommen hatte, rücksichtslos zuredete, war die Vergewaltigung der Geistesfreiheit bereits beflagelt. Schmidt ließ sich dann auch trotz seiner abgelaufenen Redezeit nicht beirren. Doch Rednerpult wieder zu verlassen. Mit Loben und Beschrei führte er mit seinen Freunden einen derartigen Tumult herbei, daß die Versammlung geschlossen werden mußte. Die ausgedrückten Hinweise auf die 8. Internationale konnten jedoch die eindrucksvolle Wirkung des Vortrages des Gen. Bernsteins auf die überprote Mehrheit der Versammlungsbesucher nicht verwischen. Im übrigen hat sich die in so ordinärer Weise gegen einen alten verdienstvollen Führer der sozialdemokratischen Bewegung gerichtete Mordpolitik der Kommunisten durch diese „Geldentaten“ selbst gerichtet.

Um 6 1/2 Uhr wurde die Versammlung vom Genossen Poolen eröffnet. Er erteilte sogleich dem

Genossen Eduard Bernstein

das Wort zu seinem Vortrage über:

„Die Lage des deutschen Volkes und die Politik der Sozialdemokratie.“

Dieser ging zunächst ausführlich auf die außerordentlich schwierige Finanzlage Deutschlands ein. Die deutsche Staatsschuld muß heute auf 360—400 Milliarden angelegt werden. 60 Milliarden davon sind alte hunderterte Schulden. Die schwelende Schuld in Schatzanweisungen beträgt circa 175 Milliarden. Papiergeld läuft für circa 80 Milliarden Mark um. Diese Schulden sind jedoch fast ausschließlich nur Staatsschulden und keine Volksschulden, da der Staat diese Summen nicht dem Volke, sondern seinen Angehörigen schuldet. Zu dieser Schuldenlast kommen Deutschlands Verpflichtungen an die Siegerstaaten mit 182 Milliarden Goldmark. Zunächst sollen davon 50 Milliarden bis zum 1. Nov. aufgebracht werden. Die von der Entente verlangte Ausfuhrabgabe ist jährlich auf weitere 3 Milliarden Goldmark oder 30—40 Milliarden Papiermark anzusetzen. Das ist ungefähr die gesamte deutsche Jahressumme an Steuern. Zahlt Deutschland diese Kriegsschulden nicht, hat es mit neuen Belastungen durch die Entente zu rechnen. Für uns als Sozialisten und für jeden Einsichtigen ist es klar, daß diese Schulden von der kapitalistischen Klasse getragen werden müssen. Wie weit man mit der Erhebung der Steuern vom Kapital gehen kann, ist eine Streitfrage. Nicht zu bestreiten ist jedoch, daß sehr erhebliches Kapital nicht abgegeben wird. Eine andere Staatsform wird das auch nicht plötzlich ändern können. Wir können auch nicht einfach aus der modernen Gesellschaft herauspringen, um uns dieser Verpflichtungen zu entziehen.

Die beschriebenen Lasten treffen das ganze Volk. Es ist ein verhängnisvoller Irrtum zu glauben, daß der Arbeiter kein Vaterland hat. Das kommunistische Manifest, aus dem die Kommunisten dieses Wort herleiten, galt für die damalige Zeit. Damals hatte der Arbeiter kein Wahlrecht und konnte an dem Wohl und Wehe der Allgemeinheit nicht mitbestimmen. Er hatte kein Anteil am Vaterlande und konnte es vernachlässigen. Heute hängt das Schicksal der Arbeiter aber eng mit dem ihres Vaterlandes zusammen. Einzelne können wohl, um dem wirtschaftlichen Elend zu entgehen, auswandern. Eine ganze Klasse aber kann nicht auswandern. Die Unfreiheit Deutschlands gegenüber den Siegerstaaten wirkt auf das deutsche Volk zurück. Deutschland ist der Ährge anderer Staaten. Ist eine Besserung überhaupt möglich? Um diese Frage zu beantworten, muß man

die Ursache des Elends

kennen. Durch rührige Agitation wird dem Volk eingeredet versucht, die Revolution und die Republik hätten an dem Elend schuld. Diese Leute schweigen, wenn man fragt, ob etwas die Revolution den Krieg gemacht habe.

Genosse Bernstein erörterte die Frage der Kriegsschuld des Kaiserreiches näher, wobei er auch die Stellungnahme der Sozialdemokratie im August 1914 beleuchtete. Es darf heute nicht übersehen werden, wie stark damals der Saal selbst bei den Arbeitern gegen den russischen Bolschewismus war. Engels und Marx hatten schon früher festgestellt, daß bei einem Kriege die patriotische Stimmung mit dem Volke durchgehen würde. (Zurufe: So war es ja auch!) Dennoch wolle Redner bekennen, daß er damals einen Fehler gemacht habe. (Zurufe: Ihr habt auch später wieder Fehler gemacht!) In der glücklichen Lage des Zwischenkriegs, der nach seiner Meinung anscheinend überhaupt noch keine Fehler gemacht hat, sind wir allerdings nicht. Ich bin aber gern bereit, aber Fehler, die gemacht wurden, sehr eingehend mit Euch zu sprechen. (Beifällige Zustimmung.)

Das deutsche Volk ist auf eine eheliche Friedenspolitik angewiesen. Jeder Gedanke an Krieg muß vollständig ausgeschlossen

werden. Die S. D. ist die konsequenteste Verfechterin der Friedenspolitik. Auch die U. S. P. hat sich dieser angeschlossen. Die Stellung der S. D. ist mir nicht ganz klar. Sie scheint noch immer auf tschechische Unterstützung von Sowjetrußland gegen die Entente zu rechnen. Auf einige Punkte, die im Untergrunde des Saales anscheinend auf Sowjetrußland ausgebracht wurden, erwidert Gen. Bernstein: Ich habe Lösung vor Ihnen stehen an Sowjetrußland, wenn dem ich ihr jedoch nicht. (Beif. Zustimmung.) Die Hoffnung auf Sowjetrußland haben im Grunde genommen auch dem gleichen Boden wie die früheren Hurra auf Wilhelm II. (Beif. Beifall.)

Der wirtschaftliche Irrtum der Kommunisten.

Die Ursache der deutschen Kommunisten, in Deutschland wie in Rußland vorzugehen, ist ein verhängnisvoller Irrtum, der schwere Folgen nach sich ziehen muß. Die soziale und wirtschaftliche Ellevation der beiden Länder ist grundverschieden. Das Land in Rußland anzustellen, war leicht. Man kann aber nicht die deutsche Industrie geschlagen, ohne überhaupt die Grundzüge unseres ganzen Wirtschaftslebens zu zerstören. Die Arbeitslosigkeit würde ungeheuer werden. Die soziale Ellevation Deutschlands ist nur eine scheinbare Sozialisierung im Selbst Unabhängige und sehr linsgeschickte Volkswirtschaftler haben das bereits sofort nach der Revolution jgenben müssen. Die Sozialisierungskommission, der Vertreter aller sozialistischen Parteien angehörten, hat den Standpunkt eingenommen, daß eine Sozialisierung nur schrittweise vorzunehmen kann. Man muß in diese Materie tiefer eindringen als nur mit Schlagworten. Denn hat selbst die des russischen Bauern Kapitalisten müssen. Er mchte ihnen weitgehende private Eigentumsrechte zugesprochen und hat sich mit der Kapitalwirtschaft abfinden müssen. Der neue Kapitalismus in Rußland, der als Schicksalskapitalismus welt um sich greift, ist viel bestialer als der jetzige. (Zurufe: Beweisen!) Johann Jakob sagt: Es ist das Unglück der Könige, daß sie die Wahrheit nicht hören wollen. Es ist aber auch das Unglück des Volkes, wenn es ebenfalls die Wahrheit nicht hören will. Auf weitere Unterbrechungen erwidert Bernstein: Haben Sie denn keine Kltung vor einer anderen Meinung eines anständigen Mannes, auch wenn sie Ihnen nicht geführt. Wir kamen doch zusammen, um uns zu belehren und nicht, um uns Klugeleien zu sagen. Studieren Sie doch die Praxis in Rußland an Hand der von den Bolschewisten herausgegebenen Schriften.

Der Gedanke einer zweiten Revolution ist bezweifelhaft.

Die wirtschaftliche Befreiung kann nicht mit einem Schlag erlangt werden, sondern wird nur in zähem unermüdlichen Fortschritt errungen. Das gewaltsame Vordrngestreben bringt neues Elend und den Bürgerkrieg mit sich. Die bürgerlichen Parteien haben bisher noch immer einen stärkeren Anhang als die sozialistischen Parteien aufgebracht. Gegen eine Mehrheit kann auf die Dauer nur mit Terror regiert werden. Dieser führt zur üblichen Zerkftung. Eine Regierung, die anerkannt werden will, kann nur aus der Mehrheit der Volksvertretung gebildet werden. Wollt Ihr nicht, daß die Bürgerlichen regieren, mcht Ihr für die Mehrheit sorgen. Wollten wir in Deutschland verhindern, daß eine bürgerliche Regierung zustande kommt, in der die Schuldlosen der Deutschen regieren, möchten wir eine Koalition mit den republikanischen bürgerlichen Parteien eingehen. Die U. S. P. hat sich noch nicht entschließen können, in die Regierung einzutreten, obwohl sehr starke Kräfte innerhalb ihrer Partei dafür sind. Die Streitzeit zwischen S. P. D. und U. S. P. kann jeden Tag begraben werden. Ein Kompromiß ist keine Frage des Prinzips, sondern der Zweckmchtigkeit. Der soll erst noch geboten werden, der beweisen kann, daß jeder Kompromiß schädlich ist. Die Frage der Republik ist für Deutschland keine Formfrage, sondern eine Lebensfrage. Wenn die Sozialdemokratie das Problem der Regierungsbildung nicht löst, handelt sie nur im Interesse der Reaktion. Besonders die

Deutschnationalen treiben ihr verwerfliches Spiel mit dem Antisemitismus.

Der Antisemitismus ist für Deutschland eine große Gefahr. In der antisemitischen Bewegung steckt einmal eine nicht zu überbietende geistige Feigheit. Die Antisemiten behaupten, daß das deutsche Volk von den Juden unterdrückt wird, obwohl es nur 3 Prozent Juden in Deutschland gibt. Der Kampf gegen die Juden entspringt der Furcht vor dem geistigen Konkurrenzkampf. Die verbotene Unterdrückung einer Minorität ist eine Rohheit. Sie ist aber auch eine politische Dummheit. Auf der einen Seite schreien die Deutschnationalen über die Vergewaltigungsschden der Entente gegen Deutschland. Auf der anderen Seite gehen dieselben heute dazu über, selbst einen bestimmten Volksteil zu unterdrücken. Auch der gegen die Annahme des Ultimatums von deutschnationalen Kreisen geführte Kampf schädigt das eigene Volk. Die Ablehnung des Ultimatums bedeutete nicht nur die Besetzung des Ruhrgebietes, sondern auch den vollständigen Verlust Oberschlesiens. (Zurufe: Auch Danzig!)

Die Sozialdemokratie ist heute die feste Stäbe des Volkes. Eine Partei, die erfolgreich wirken will, muß die Republik anerkennen. Das Ansehen der S. D. in der Internationale ist bedeutend erstarkt. Auch Deutschlands Ansehen steigt mit der freihellichen Friedenspolitik. (Zurufe: Rußland!) Es gibt heute kein Land, wo soviel Ausnahmegerichte bestehen wie in Rußland. Selbst Sozialdemokraten werden dort eingekerkert. In der deutschen Republik haben sogar die Kommunisten Platz, während sie in ihrem Staat keinen Platz für Sozialdemokraten haben. Das ist über den Unterschied zwischen demokratischer und bolschewistischer Republik. In dem Tage, wo Sie (zu den Kommunisten) in Deutschland ans Ruder kommen, wird kein sozialdemokratisches Blatt mehr erscheinen dürfen.

Ohne die politisch und wirtschaftlich organisierte Arbeiterkraft kann nicht mehr in der Welt regiert werden. Klein die Amsterdamer (Zurufe: gefeiert!) Internationale umfaßt 20 Millionen Mitglieder. Nach ihrer Meinung alles selbst! Unter dem Drängen der englischen Arbeiterkraft mchte auch George erklären, daß die Entscheidung über Oberschlesien nach Verschftung und Willigkeit erfolgen soll. Wir haben in dem wachsenden Einfluß der Internationale ein gutes Stück besserer Zukunftshoffnungen. Wir sind überzeugt, daß wir auf dem rechten Wege sind. Euer Wille (zu den Kommunisten) ist von ein Kommittee befehl.

Verleitet und aufgereizt menscheng. das Volk auf revolutionären Kmpf.

(Zurufe: Beifall und Stndelaffen.)

In der Diskussion

spricht zunächst Schumann als Vertreter der S. P. D. mit der Klug. Arbeiter-Klasse: Der Kommunismus müsse nun nicht kommen und der Kapitalismus befeitigt werden. Seit des Kommunismus bringe die freie Meinungsäußerung. (Zurufe: Beifall!) Es gelte nicht mehr Reformen, sondern es gelte nur noch die Kat. (Zurufe: Mit Waffengewalt! Handgranaten!) Die Arbeiter möchten sich frei machen von der Fhrerpolitik, selbst die Arbeiter möchten sich frei machen! (Zurufe: Beifall!) Euer Weg führt uns nicht heraus! Sein Stimmlos auf Rußland kann die Freiheit bei der Versammlung auslösen. In Deutschland müssen überhaupt keine Revolution gewesen. Lohnschneidungen müssen nicht. Die Arbeiterklasse mchte die Macht mit Hilfe der roten Gewalt an sich reißen!!! (Zurufe: Beifall!) Der Vertreter der S. P. D. spricht Parteifreundlinger: Zum Beweise der Klüftung der freien Meinungsäußerung durch die Kommunisten mndigt er o. daß sie einen anderen Redner als Bernstein nicht hätten lassen. Der Direktor des Kapitals müssen wir die Direktor der P. marxist entgegenstellen. Einen anderen Richtung gäbe es nicht. Wir verhungern an eigenen Hals. (Zurufe: Ich trag ja immer mehr dazu bei!) Der offene Feind der Kommunisten wäre ehelich gemeint gewesen. (Zurufe:) Die Kat mchte folgen. Seine Erwähnung, daß die Abrechnung frherlich werden mchte und man sich dem Kopf stärker gemacht wäre, ermahne nur Gellertell. Der unabhängige Redner P. J. glaubt auch noch etwas „gelernt“ zu haben und trägt einige den Kommunisten als gelungene Thesen vor. Er tritt mit eine „Arbeiterdemokratie“ ein. Als er in berflchtiger Betrachtung der Dinge von einer Vorkensfreiheit der Sozialdemokratie spricht, weist Genosse Bernstein den jungen Mann b-folger niedrigen Verbindlichungen ge-hrig zu recht. Der würdigste Vertreter der U. S. P. tritt auf und darauf doch für gerote, abzutreten. Als nächster Redner spricht Genosse Dr. Jant:

Er weist einige von hoher geistiger Verantwortung getragene Fragen auf. In wirtschaftlicher Hinsicht sei es wohl eine gewisse Krft der sozialistischen Bewegung, daß sie im gegenwärtigen Zeitpunkt mithelfen müsse, die kapitalistische Wirtschaftsweise wieder auszurichten, um gänzlich auf dem Stande überhaupt herauszukommen. Es erscheint ferner zweifelhaft, ob die Welt nicht auch für die weitere Zukunft noch militaristisch regiert werde. Die 180 jährige militaristische Schulung des preussischen Volkes komme immer noch zum Ausbruch. Dazu geben die Kommunisten durch ihre etwaige Gewaltbedrohungen den Militaristen Halt und Antriebe für die Aufrechterhaltung des Militarismus. Das von Klinger angeklndigte Kopfstrgermachen und der Terror sind nur eine andere Erscheinungsform des militaristischen Herrschaftsgedankens. Der kaiserliche Militarismus und der sowjetische Militarismus stärken sich gegenseitig. Wenn Deutschland als das bestgeachtete Volk gilt, so ist dieser bberhoch nur in bestimmten Kreisen der anderen Nationen zu finden. Der Einfluß der 8. Internationale wird auf diesem Gebiet weiterhin bestimmend wirken. (Beif. Beifall.) Als nächster Redner produziert sich der Kommunist Schmidt. Begreiflicherweise hat dieser „Geisteshebel“ in den Ausführungen Bernsteins nicht wertvolles gefunden. Trotz dem er behauptet, er wnne jedes Wort mitberlegen, vermischt er auf das Refertal einzugehen und löst keine übliche Schimpf-kamonnade los.

Kommunistische Mahnungen.

Nach Ablauf der Redezeit ist Schmidt nicht zu bewegen, das Rednerpult zu verlassen. Als ihn nach mehrmaliger vergeblicher Aufforderung das Wort entzogen werden muß, setzen seine im Untergrunde befindlichen Parteigenossen mit rmen und Loben ein. Da eine ordnungsgemhe Fortführung der Versammlung unmöglich erscheint, muß die Versammlung gegen 1/11 Uhr geschlossen werden. Durch die kommunistische Mordpolitik wurden neben zahlreich gemeldeten Rednern der „Kadetten“ leider auch dem Genossen Bernstein das Schlusswort genommen.

1. Reichsarbeiterporttag!

Heute, Sonnabend, 7 1/2 Uhr abends, in der Aula der Petrichule, Hanjaplag:

Eröffnungsfeier.

Morgen, Sonntag, 1 Uhr: Festzug. Abmarsch vom Schulhof Schlenzengasse nach dem

Helwig-Platz.

Dorfplatz von 2 1/2 Uhr ab!

Großes Turn- und Sportfest.

Alle Arbeiterinnen und Arbeiter werden zum vollständigen Besuche der Veranstaltungen aufgefordert.

Sozialdemokratischer Verein Danzig-Stadt.

Der 2. Bezirk veranstaltet am Sonntag, den 29. Mai eine Beschäftigung der Schenkstrkerheiten der Parteienkirche. Die Beschäftigung erfolgt kostenlos. Die Genossen und Genossinnen, die hieran teilnehmen wollen, versammeln sich um 11 1/2 Uhr an der Parteienkirche (Eingang Korkenmachergasse). Mitgliedsbuch legitimiert.

Verein Arbeiterjugend Danzig.

Sonntag, den 29. Mai, vorm. 9 Uhr auf dem Hofe der Arbeiterjugend, Weibengasse 2. Bewegungspolye. Letzten Jugendfreund Kieder. — Abends 7 Uhr Wandervereinabend. Leiter Gen. Mller. Ueberbrnger mitbringen. Das Getra ist von 6 Uhr ab gefeiert.

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund.

Montag, den 30. Mai, abends 6 Uhr im Gewerkschaftshaus, Gewandplatz 1—3, Zimmer 70. Bundes-Delegierten-Versammlung. Vollständiges Erscheinen der Delegierten ist erforderlich.

Das Echo der Senatserklärung.

Stadtoverordneten-Sitzung vom 27. Mai 1921.

Nach Eröffnung der Sitzung durch den Stadtoverordneten-vorsteher Keruth erfolgte die

Debatte über die Senatserklärung.

Stadto. Siebenfreund (Dt. P.) verlas im Auftrage der Deutschen Partei, des Zentrums und der Deutschnationalen eine Erklärung, in der zum Ausdruck gebracht wurde, daß die bürgerlichen Parteien durch die Erklärung des Senats in der Dienstag-Sitzung befriedigt sind. Die Frage, ob der Senat zur Übernahme der Magistratsgeschäfte berechtigt war, solle aus der Diskussion ausbleiben. Die Rechte der Stadtoverordnetenversammlung seien gewahrt und die Bahn frei für ein erfolgreiches Zusammenarbeiten.

Im Auftrage der sozialdemokratischen Fraktion gab Genosse Grünhagen folgende Erklärung ab:

Die Fraktion ist nach wie vor der Ansicht, daß die Übernahme der Geschäfte des Magistrats durch den Senat zu Unrecht erfolgt ist. Unter Berücksichtigung der Verhandlungen im Verfassungskomitee (Artikel 88, Abs. 3 und Artikel 110, Abs. 3) ist nur die Auffassung möglich, daß die Übernahme der Geschäfte durch Senat und Stadtbürgerchaft gleichzeitig und erst nach Schaffung des Gesetzes über die Stadtbürgerchaft erfolgen soll.

Die Forderungen der Sozialdemokratie.

Die Weiterzahlung des Gehalts an die nicht in den Senat übernommenen Stadträte ist ungerechtfertigt, da sie nicht gehalten sind für die Bezahlung irgendwelcher Dienste zu leisten. Die freie Stadt ist ein durch den Friedensvertrag begründetes Staatswesen und ist erachtet gegen den Willen der Danziger Bevölkerung. Die Schwierigkeiten, die sich aus dieser Umbildung der Verhältnisse ergeben, berechtigen die gewählten Stadträte nicht, ihre persönlichen Vorteile sicher zu stellen; sie sind genau so wie die übrige Bevölkerung verpflichtet, Dienste, die ihnen infolge der veränderten Verhältnisse durch den Senat übertragen werden, anzunehmen und gewissenhaft auszuführen; denn nach Ansicht der Fraktion sind die Stadträte des Volkes wegen da und nicht umgekehrt. Dem Senat erwartet die Fraktion, daß er das Bestreben der Arbeiterschaft auf eine ausreichende Arbeitslosenversicherung, die in erster Linie in Beschaffung von Arbeitsstellen besteht, fördern soll. In weitgehendem Maße fördert, daß Wohnungen für die Wohnungslosen geschaffen, die Wohnungsverwaltung der Wohnungen beibehalten und die Mehrerträge aus der Freigabe der Bodenmieten der Allgemeinheit in Form von Steuern wieder zugeführt werden. Die Fraktion erwartet ferner, daß der Senat überall dort, wo er in Lohnfragen als Arbeitgeber anzusehen ist, den Forderungen der Arbeiter nach Verbesserung ihrer Existenzbedingungen soweit wie irgendmöglich Rechnung trägt in Anerkennung der Tatsache, daß auch die am höchsten entlohnten Arbeiter des Existenzminimum noch nicht erreicht haben. Wo der Senat als Behörde anzusehen ist, fordern wir, daß er durch die Schlichtungsorgane seinen Einfluß geltend macht, damit bei Schlichtung von Lohnstreitigkeiten in der Privatindustrie Entscheidungen gefällt werden, die recht und billig sind und die nicht einseitig das Interesse der Unternehmer verteidigen, um so mehr als die Arbeiter um ihre Existenz und die Unternehmer um den Profit kämpfen. Ganz besondere Aufmerksamkeit ist auch den Armen zuzuwenden, die auf die Unterstützung der Allgemeinheit angewiesen sind, die sich nicht selbst den Lebensunterhalt beschaffen können. Die bisher gewährten Unterstützungen reichen nicht aus, um diesen Verhältnissen der Armen die längste Existenz zu gewährleisten. Die Fraktion erwartet daher vom Senat, daß er hier eine Besserung mit aller Entschiedenheit anstrebt.

Geldmangel kann nicht vorgeschützt werden, da, wie die Verhandlungen des Volkstages ergeben haben, ein sehr großer Teil der maßgebenden Steuerzahler dem Staat die Steuer hinterzieht. Die Fraktion wird es als ihre pflichtmäßige Aufgabe ansehen, das Interesse der Arbeiterschaft in allen kommunalen Fragen mit aller Entschiedenheit zu vertreten. Sie wird jeden Anlaß benützen, den Senat daran zu erinnern, daß er nicht nur Verwaltungsorgan der bürgerlichen Schichten ist, sondern daß es seine Pflicht ist, in erster Linie für die Notleidenden zu sorgen. Er ist Vertreter der gesamten Bürger und dazu gehören auch die Arbeiter, die Vorant der heutigen Gesellschaft. Unsere Stellung zum Senat wird sich richten nach seinen Taten.

Stadto. Man (U. S. P.) konnte sich den Danksworten, die der Senat den ausbleibenden Magistratsmitgliedern erteilt hat, nicht anschließen. Die Weiterzahlung des Gehalts an diese Personen und ihr Pensionsanspruch sei unmoralisch. Die U. S. P. könne dem Senat kein Vertrauen

entgegenbringen und werde ihr weiteres Verhalten von den Laien des Senats abhängig machen.

Abg. Rahn (P.) erklärte die Unwesenheit der Senatoren als ungeschicklich, da der Senat nicht nach dem Verhältniswahlsystem, das für alle öffentlichen Wahlen vorgeschrieben ist, gewählt worden ist. Die kommunale Fraktion erkenne dem Senat nicht an, das Gesetz über die Stadtbürgerchaft hätte längst fertig sein können. Ueber die Tendenz der Rede des Stadtoverordnetenvorstehers Keruth sei die kommunale Fraktion sehr erfreut gewesen.

Stadto. Grobelst (Vols) vertrat den Standpunkt, daß die Übernahme der Magistratsgeschäfte verfassungswidrig ist. Die politische Fraktion werde dem Senat jedoch keine Schwierigkeiten in den Weg legen. Zu dem Ausspruch „Danzig den Danzigern“ habe das Heranziehen von Ausländern zu Verwaltungsposten im Gegensatz (Sursel-Galgler) Der Punkt der Tagesordnung war damit erschöpft.

Der Bericht über die außerordentliche Resolution des Reichstages wurde durch die Kenntnisnahme erledigt. Eine Reihe von Wahlen wurden nach dem Vorschlage des Wahlaustritts vollzogen. Endlich wurde auch einem oft und dringend geäußerten Wunsche der Stadtoverordnetenversammlung Rechnung getragen, und zwar wurde bestimmt, daß Frau Neu und Frau Meier jederzeit und ohne vorherige Anwesenheit das Kinder- und Frauenhaus besuchen dürfen. Bei dem Bau der Badeanstalt in Orßen sind 60 000 Mark gespart worden. Die Verfassung erklärte sich damit einverstanden, daß diese Summe zum Ausbau der Heubäder Badeanstalt verwendet wird.

Promenade auf dem Dicksberg

verlangt eine Vorlage des Senats 200 000 Mark. Stadto. Jansson (Dt. P.) sprach den Wunsch aus nach einer Fußgängerbrücke über den Walleinschnitt, der durch die Weiterführung der Straße Sanbarische erfolgt ist; eventuell möge man die Summe auf 300 000 Mark erhöhen. Stadto. Braun (P.) trat für Ueberlassung des auf dem Grünwärtel geschaffenen Spielplatzes an den Turn- und Sportverein Preußen ein. Stadto. Frau Richter lehnte die Ausgaben für die Brücke und die für das Aufstellen von Bänken als Luxusausgaben ab.

Stadto. Gen. Beyrand erklärte, daß sich der Ausschuss schon mit der Spielplatzfrage beschäftigt habe. Redner verurteilte ganz entschieden, daß dieser schönste Sportplatz Danzigs einem einzelnen Verein übergeben wird. Ein Vertreter des Senats erklärte Dr. Maner, daß eine Entscheidung über den Sportplatz noch nicht gefällt ist. Stadto. Kunze (U. S. P.) beantragte die geforderte Summe auf 300 000 Mark zu erhöhen, damit die Brücke, deren Amedmäklerei unabweislich sei, gebaut wird. Stadto. Fuhrbräue (Dt. P.) wünschte eine strengere Beaufsichtigung der Anlagen, damit die Büchereien nicht so oft beschädigt werden. Stadto. Dr. Herrmann (Dt. P.) und Dr. Ihau (P.) waren von der Notwendigkeit der Brücke nicht überzeugt.

Als Senator Dr. Leske das Wort nehmen wollte, wurde er vom Stadto. Rahn fortwährend unterbrochen. Dem geschickten Eingreifen des Parteivorsitzers Keruth gelang es jedoch Rahn zu beruhigen. Dr. Leske erklärte, daß man versuchen werde, bei Bewilligung der 200 000 Mark die Brücke zu bauen und eventuelle Mehraufwendungen nachfordern werde. Stadto. Gen. Krucinski war der Ansicht, daß am Grünwärtel schlechte Arbeit geleistet wird. Die Anlagen seien nicht heranzureifen. Man solle ordentliche Arbeit machen und lieber 40 000 Mark mehr bewilligen. Dadurch würde Arbeit und Beschäftigung geschaffen.

Der Antrag Kunze wurde wegen der Stimmen der Linken und Polen abgelehnt. Der Antrag des Magistrats angenommen, nachdem Stadto. Rahn vorher die Frage gestellt hatte, ob der Senat überhaupt zur Einbringung dieser Vorlage berechtigt sei.

Den nicht akademisch gebildeten Lehrpersonen an den Privatschulen wurden erhöhte Gehaltsbeihilfen bewilligt.

Gegen 5 Uhr beantragte Rahn mit Rücksicht darauf, daß der alte Parkmeister des Sozialismus Edward Bernstein in einer öffentlichen Versammlung in Danzig rede, nur noch die Straßensperre zu erledigen und die Versammlung zu vertagen. Die Versammlung war damit einverstanden. Die Linke beantragte, daß die

Übernahme von Aktien der Danziger Straßenbahn-Gesellschaft

in öffentlicher Sitzung verhandelt werde. Ueber diesen Antrag mußte in geheimer Sitzung abgestimmt werden. Die Sitzung verlief sehr stürmisch, denn draußen im Fluß war der Stimmenlärm und das Klopfen auf den Fußboden zu hören. Gegen 6 Uhr wurde die Sitzung ergebnislos abgebrochen.

Nimmungen der Interalliierten Kommission gewährt wurde. Mit Recht betont die „Times“, daß jegliche Wiederholung dieser Vorgehensweise, die ungeschicklich verbleibt, oder auch nur den geringsten Schein eines Erfolges hätte, ein neuer Schlag gegen das Gesamtwerk des Friedensvertrages wäre, und damit einen neuen Tiefpunkt in der weiteren Versäufnis bilden würde, diesen Vertrag abzuschließen.

Seiner hat Polen sehr häufig ungeschicklich solche Präzedenzfälle mit Erfolg geschaffen und zwar zum größten Teil dank der Unwissenheit der Großmächte. Das Beispiel mit Schenar und Wilna ist allen gut bekannt. Doch man weiß nicht, daß die kleineren Begebenheiten und Ereignisse, mit denen die interalliierte Verwaltung in Danzig zu tun hatte, als ihr die Aufgabe oblag, den Frieden zu gründen. Diese Ereignisse erscheinen vielleicht als verhältnismäßig unbedeutend, jedoch das Prinzip ist dasselbe, das auch in Oberschlesien befolgt wird, und die Wiederholung des Mangels einer vollständigen Einmütigkeit zwischen den Großmächten gegenüber der Verwertung solcher Handlungsweise könnte zu einer ersten Verwirrung in Oberschlesien führen.

Ich führe nur zwei Beispiele an, die mir als Mitglied der Interalliierten Kommission in Danzig bekannt sind. In diesen Fällen ist die Schuld der polnischen Regierung zweifellos.

Die große Eisenbahnbrücke bei Tirschau durchschneidet Danzig-polnische Grenze. Infolgedessen liegt das ein- und das andere Ufer auf polnischem, das andere Ende aber auf dem Danziger Gebiet. Zu Anfang des Jahres 1920 erlaubte sich die Polen ohne jedes Recht und ohne jeden Auftrag dazu, die beiden Enden dieser Brücke in Massengewalt zu besetzen, indem sie auf diese Weise das Danziger Gebiet vertrieben. Der Oberkommissar Sir Knollys richtete sowohl nach Warschau als auch nach Danzig Proteste gegen eine solche gewaltsame Grenzverlegung und zwar der Verlegung einer Grenze, die durch den Friedensvertrag festgelegt war, doch ohne Erfolg. Die Brücke blieb weiterhin durch polnische Truppen besetzt bis zur dauernden Erregung und Verlegung der Danziger, bis der Oberkommissar zurücktrat. Die polnische Regierung behauptete, das sei nur ein Fall militärischer Notwendigkeit — dieselbe Entschuldigung, die auch Deutschland am 1. Januar 1914 zu begründen. Man kennt kein Gebot, das Ansehen der interalliierten Verwaltung in Danzig war der Spott und Gelächter preisgegeben.

Ähnliche Fälle kamen in Sachen des früheren Kaiserlichen und kaiserlichen Besitzes in Danzig vor. Der Friedensvertrag bestimmt, daß dieser ehemalige deutsche Besitz an die Alliierten Großmächte fallen soll, damit sie ihn nach Recht und Billigkeit entweder Danzig oder dem Polenstaate zuteilt. Die Verfertigung aber dieses Eigentums ist eine sehr schwere Aufgabe und kann nicht so leicht beendet werden. Das verlangt vielmehr eine eingehende Untersuchung der wirtschaftlichen Interessen Danzigs und Polens. Doch die Polen suchten ungeduldig die Entscheidung der alliierten Mächte durch eine Okkupation zu erzwingen. Deshalb haben bei einer gewissen Gelegenheit polnische Beamte ganz einfach 20 Zimmer in der Eisenbahndirektion besetzt und die interalliierte Verwaltung vor eine vollendete Tatsache gestellt. Durch eine spätere Mitteilung suchten sie diesen Schritt als eine Notwendigkeit zu begründen.

Ich könnte noch viel mehr Beispiele anführen, doch diese genügen, um einen Beweis für das gefürchtete Verhalten der Polen gegenüber ihren eigenen Interessen zu liefern.

Weiter konnte Polen immer auf die Unterstützung Frankreichs rechnen, und man möchte der Danziger Verwaltung wegen ihrer einseitigen Stellungnahme zu Gunsten der Danziger Bevölkerung Vorwürfe und beschuldigen sie, daß sie sich zu genau an die Buchstaben des Friedensvertrages hielt.

Nach den Ermittlungen des eigenen Korrespondenten der „Times“ in Oberschlesien war das Verhalten der Franzosen dort ebenfalls nicht unparteiisch. Solange sich Polen auf eine der Großmächte, die seine Tätigkeit verzeiht, verlassen darf, solange Polen weiß, daß eine Großmacht in irgend einer Weise Polen begünstigt, werden solche Angriffe gegen den Friedensvertrag sich auch wiederholen.

Es kann kaum noch ein Zweifel darüber bestehen: Wenn auch die polnische Regierung an dem Zustand Korsantys nicht beteiligt war, so war sie doch in den Plan ganz genau eingeweiht, der seit einer bestimmten Zeit bestand, und es hätten damals schon Schritte unternommen werden müssen, um Korsantys von einem solchen Plan zurückzuhalten. Die Großmächte müssen eine einmütige Warnung an Polen richten, daß eine solche Handlungsweise den besten Interessen Polens widerspricht, und daß sich Polen ganz genau an die Bestimmungen des Friedensvertrages halten muß, wenn es nicht ganz die Symphonie dieser Großmächte einstimmen will, die für das Dasein Polens gekämpft haben, und von denen auch das Dasein Polens abhängig ist.

Bezeichnend ist es, daß sich der „Dziennik Gdanski“, der diesen Brief aus der „Times“ abdruckt, mit keinem Worte auf den Inhalt dieses Briefes eingeht, sondern nur die Gelegenheit dazu benützt, um sowohl gegen den Schreiber des Briefes als auch gegen Lloyd George mit groben Beschimpfungen vorzugehen. Die interessantesten Ausführungen des englischen Kapitäns zeigen aber aufs Beste, wie die von den polnischen Volkskammerabgeordneten dem Freistaat angebotenen Verdienste gegen den Friedensvertrag nicht auf Danzig sondern auf Polen zutreffen. Im übrigen wird die Danziger Bevölkerung in allererster Linie wünschen müssen, daß die Großmacht der Willkür Polens endlich einen Riegel vorschoben.

Die „notleidenden“ Stellenvermittler. Die zuständigen Organisationen erhielten am 26. vom Polizeipräsidium folgendes Schreiben: „Einladung. Von den hiesigen gewerkschaftlichen Stellenvermittlern ist eine Erhöhung der Gehälter für Stellenvermittler beantragt worden. Zu einer Besprechung des Antrages erlaube ich Sie am Dienstag, den 31. d. Mts., vormittags 11 Uhr, im Sitzungssaal des Polizeipräsidiums zu erscheinen, gez. Fröblich, Kommissarischer Polizeidirektor.“ Werden wir nicht bereits im Monat Mai leben, so könnte man sehr leicht an einen verfrähten Aprilscherz glauben. Da dieses Gewerbe absolut keine Ertragsberechtigung mehr hat, was in vielen Fällen bei Gerichtsverhandlungen deutlich erkennbar war, und auch der Gesetzgeber die öffentlich-rechtlichen Arbeitsnachweise ausbauen will, besteht durchaus keine Veranlassung der Ausbeutung der Arbeitsuchenden noch amtlich Vorstoß zu leisten. Das Empfinden jedes sozial denkenden Menschen fordert im Gegenteil eine beschleunigte Beseitigung dieser Parasiten am Volkskörper.

Sport und Körperpflege.

(Mitteilungen des Arbeitersportvereins.)
Arbeiter-Sportverein am 29. Mai darf kein Mitglied eines Arbeiter-Sportvereins fehlen. Jeder muß sich am Freitag beitreuen. 12 1/2 Uhr muß alles da sein.
Freie Turnerschaft Danzig:
Sonntag, den 29. Mai, Treffpunkt 12 Uhr pünktlich an der Turnhalle, Schloßgasse zum Festzug.
Turn- und Sportverein „Nacht“:
Sonntag, den 29. Mai, Marsch 12 Uhr mittags vom Marktplatz Stadtgebiet. Turnen: Dienstag u. Freitag 6-8 Uhr.

Ärztlich empfohlen gegen:
Joga Gicht, Gelenks-, Rheuma, Nerven- und Schias, Kopfschmerzen.
Joga hilft prompt die Schmerzen, seine schädlichen Nebenwirkungen. Klinisch erprobt! In allen Apotheken erhältlich. (4124)

Danziger Nachrichten.

Polnische Geselligkeiten gegen Danzig.

Polen hat in der kurzen Zeit seines Bestehens sozial Beweise von militärischen Ueberlieferungen der verstragten Selbstmengen gegeben, daß man sich oft verurteilte Gedanken machen dürfte über die Schuld, mit der man sich hier auf der Seite der Alliierten hat. Ganz insbesondere hat jüdische Beiträge von ganz offenen Rechtsübertragungen und Vertragsverletzungen der Polen erlebt. Aber die Geselligkeiten der Danziger blieben meist ohne Wirkung. Da es nun ganz interessant, einen englischen Kapitän, Herrn Leslie W. Harich, der die Danziger Verhältnisse aus eigener Erfahrung kennt, über seine Erfahrungen mit den Polen zu hören. Herr Charles war l. B. Kommissarischer Assistentverwalter in Danzig und schrieb am 14. Mai einen Brief an die „Times“ folgenden Inhalts:

In dem Artikel der „Times“ vom 10. d. Mts. mit der Ueberschrift „Geselligkeiten in Oberschlesien“ wurde vor den ersten Folgen gewarnt, die entstehen würden, wenn dem bewußten Zustand Korsantys irgend ein Einfluß auf die P.

Für freie Stunden

Unterhaltungsbeilage der Danziger Volksstimme

Arbeit und Nichtstun.

Von Leo Tolstoj

Im Dorfe wird ein Knabe geboren, wächst auf und arbeitet zusammen mit seinem Vater, seinem Großvater und seiner Mutter.

Und nun steht der Knabe, daß von dem Vater, den er mit seinem Vater gepflügt, geeggt und besät hat, aus dem die Mutter und das Mädchen das Korn geschnitten und zu Garben gebunden, die er selbst mit der Mutter zu Hause zusammengeschnitten hat. — nun steht der Knabe, daß der Vater die ersten Kornhäufen nicht zu sich, sondern an dem Garten vorbei nach der Scheune des Gutbesizers bringt. An dem Herrenhause, mit der knarrenden Fuhr, die er zusammen mit dem Vater beladen hat, vorbeifahrend, nimmt der Knabe wahr, wie dort auf dem Balkon eine Dame an einem mit Geschnittenen und Süßigkeiten bedeckten Tisch vor einer Teemaschine sitzt und jenseits des Weges auf einem geschuberten Platz beide Knaben des Gutbesizers in gestickten Hemden und blauen Glacéball spielen.

Der eine von ihnen hat den Ball jetzt über die Fuhre geworfen.

„Heb auf, Junge!“ ruft er ihm zu.

„Heb auf, Wajko!“ schreit der Vater, der neben der Fuhre geht, indem er die Mähre abnimmt.

„Was ist das?“ denkt der Knabe. „Ich bin von der Arbeit müde, während die Knaben spielen, und ich muß ihnen den Ball noch aufheben?“

Er hebt den Ball auf, und das junge Herrchen nimmt ihn mit seiner weißen Hand aus der eingebrannten, schwarzen des Bauernknaben entgegen und geht zu seinem Spiel zurück, ohne auch nur den Knaben anzusehen. Der Vater ist mit der Fuhre schon weitergefahren. Im Laufschrift hält ihn der Knabe ein. Mit seinen zerlumpten Schuhen über den Weg schlatternd, erreichen sie zusammen die herrschaftliche Tenne, in der sich zahlreiche Kornwagen befinden. Hier empfängt ein hin- und herlaufender Angestellter, der einen durchschwitzten Leinenrock trägt und ein Köhrchen in der Hand hält, den Vater mit Schimpfworten, weil er nicht richtig vorgefahren sei. Der Vater bittet um Entschuldigung, geht müde vorwärts, zerrt das geplagte Pferd an der Leine und stellt sich an der anderen Seite auf.

Der Knabe tritt an den Vater heran und fragt: „Vater, weshalb bringen wir unser Korn hierher?“

„Weil ihm das Land gehört,“ antwortet der Vater zornig. „Frage den Beamten, der wird es dir schon zeigen, steht du nicht das Stückchen?“

„Was werden sie mit dem Korn machen?“

„Sie werden es dreschen und verkaufen.“

„Und was werden sie mit dem Gelde tun?“

„Dafür werden sie Kuchen kaufen, hast ihn ja auf dem Tisch gesehen, als wir vorbeifuhren.“

Der Knabe schweigt und sinnt nach. Er hat aber keine Zeit, lange nachzudenken.

Man schreit den Vater an, daß er seine Fuhre näher an den Fehm heranschlebe. Er schleibt die Fuhre auch heran, klettert hinauf, bindet sie auf und beginnt, die Garben auf die Fehm hinaufzuwerfen. Der Knabe hält indessen die alte Stute, auf welcher er das zweite Jahr zur Weide reitet, jagt nach Anweisung des Vaters die Bremsen von ihr, während er immer darüber nachdenkt und zu begreifen sucht: warum gehört das Land nicht denen, die es bearbeiten, sondern jenen Herrchen, die in gestickten Hemden Ball spielen und Tee mit Kuchen verzehren?

Der Knabe denkt darüber nach beim Arbeiten, beim Einschlafen, beim Hüten der Erde, ohne eine Antwort zu finden. Alle sagen, es müsse so sein, und alle leben danach.

Der Knabe wird groß, heiratet, hat selbst Kinder, die ebenso fragen und staunen, und er antwortet ihnen dasselbe, was ihm sein Vater geantwortet hat. Und ebenso in Not lebend, arbeitet er demütig für fremde Menschen, die nichts tun. Und so wie er lebt, leben auch alle um ihn herum. Wohin er kommt, und was er auch von fremden Wandernern hört, überall ist es eines und dasselbe. Heberall arbeiten die Bauern über ihre Kräfte hinaus für fremde müßige Menschen, bekommen Brüche, Atemnot, Schwindel, trinken aus Not und sterben vorzeitig. Die Frauen strengen ihre letzten Kräfte an, um zu kochen, das Vieh zu besorgen, zu waschen, die Männer zu kleiden, werden gleichfalls früh alt und sterben vor Heberanstrengungen und unregelmäßiger Arbeit dahin.

Diesemigen aber, für welche sie arbeiten, schaffen sich Wagen, Kutschen, Hunde an, richten sich Pavillons ein, veranstalten Spiele, legen den ganzen Tag hinüber von Ostern bis Ostern Festschleiden an, spielen, essen und trinken den ganzen Tag, so wie es derjenige, der für sie arbeitet, an den höchsten Feiertagen nicht haben kann.

Vom Rauchen und seiner Schädlichkeit

Von Dr. med. Alfred Beher.

Schopenhauer denkt von dem Raucher sehr verächtlich. In den Aphorismen zur Lebensweisheit erklärt er, daß das Rauchen ein Surrogat der Gedanken sei, das heißt, daß nur ein Schloß, dem eigene Gedanken fehlen, zur Zigarre greifen könne. Trotzdem ist das Rauchen für viele zu einem unentbehrlichen Genuss, ja zu einem Bedürfnis geworden, das zwar nicht die Gedanken erheitert, sie aber anregen soll. Je intensiver und anhaltender die nervöse Belastung ist, um so mehr sehnt sich der Mensch nach verächtlichen Nahrungsmitteln. Der infolge des Krieges dauernd erhöhte Lärm des Gesellschaftslebens verlangt eine dem durch die Dauer der Zeit geschaffenen Zustand der nervösen Erregung entsprechende Betätigung auch in der Erholung.

Die Krankheiten über die Schädlichkeit des Rauchens werden sehr weit auseinander. Während die große Masse der

Raucher, die im Alter körperlich schwächer werden, ist durchweg eine dauernde Schwäche, lautet, haben die Raucher, gegenwärtig wieder betont, daß gesundheitlich schädliche Raucher zu Damschädigungen führen müßten. Unter den Rauchern hat Tabak keinen so großen Einfluß, wie immer wieder behauptet, daß die Gewöhnung an das Nikotin eine natürliche Widerstandskraft erzeuge, die eine Damschädigung beschönigere. Nicht um für oder wider das Nikotin zu schreiben, will ich die jetzt kaum noch interessierende Frage des spezifisch schädlichen Stoffes im Tabak noch einmal aufwerfen, sondern, weil ich auf Grund langjähriger Erfahrungen glaube, daß der Schwerepunkt der ganzen Frage verstanden ist.

Es ist aber wissenschaftlichen Untersuchungen, glaube ich auch heute noch den Standpunkt vertreten, weil belegen zu können, daß nicht das Nikotin, sondern gerade die bei der Verbrennung entstehenden vielfach als ungeschädlich bezeichneten Gase, Kohlenoxyd, die schädlichen Wirkungen hervorruft.

Der freie Geist.

Horch! der Himmel klagt von Geigen.

Und du fragst: wer führt den Reigen?

Antwort: Woll der freie Geist.

Er, der Einzelschmerz.

Er, der Leuchtendgottetorne.

Der die Sonnen tanzen heißt.

Ja, wie schlingen sich die Pfadler

Ja, wie brausen die Geslader

In dem Wellenrausch!

Dieser wirbelnde Mäander,

Dieses wilde Durcheinander

Selben Salzen untertaut!

Auf denn, Herz, zu seiner Wonne!

Lange du auch eine Sonne,

Mußig mit den Sternentanz!

Millionen sind die Flieger,

Nur der schnellste bleibt der Sieger,

Nur der Kühnste greift den Kranz.

Ernst Morik Arndt.

Es ist zunächst verwunderlich und unerklärlich, daß die sogenannten schweren Zigaretten am wenigsten Nikotin enthalten. Während in dem Brasiltabak etwa 1% Prozent und in der „Habanna“ etwa 2 Prozent Nikotin enthalten sind, hat man übereinstimmend nachgewiesen, daß in dem indischen einheimischen Tabak 7 bis 8 Prozent Nikotin sind. Es ist verwunderlich, daß die Giftwirkung am intensivsten bei den Zigaretten ist, welche die geringste Menge des Giftes enthalten, während eine vierfache Konzentration des Giftes weniger leicht Vergiftungserscheinungen hervorruft.

Auf Grund eigener Beobachtungen glaube ich nachweisen zu können, daß wie diese so alle sonstigen Eigentümlichkeiten und Widersprüche der bisherigen Erklärungsversuche von selbst verschwinden, wenn man sich auf seine eigenen Erfahrungen stützt. Beim Rauchen kann man, wie bei jedem anderen Verbrennungsprozess verschiedene Stadien beobachten. Das erste Stadium ist das Vergasungsstadium. Es enthalten brennbare Kohlenwasserstoffe und andere Gase, die als Rauch in die Mundhöhle gelangen. Bläst man den Rauch einer Zigarette durch eine Glasröhre, so sieht man, wie er in der Flamme eines Streichhölzchens oder Feuerzuges hell leuchtend verbrennt. Benutzt man zum Aufleuchten der Zigarette ein mit kleiner Flamme brennendes Feuerzeug, so bemerkt man, daß bei jedem Zug, der die Flamme fortgerissen läßt, eine außerordentlich starke Vorgewärmerung der Flamme, die auf die starke Vergasung bisher unverbrennter Stoffe zurückzuführen ist, eintritt. Bei dem Zünden der Flamme vor der Glasröhre oder wenn man den beim Andrennen eingeschlossenen Rauch durch die Zigarette hindurch in die kleine Flamme des Feuerzuges läßt, nimmt man deutlich eine kleine schwach bläuliche leuchtende Kohlenoxydflamme wahr.

Um nicht folgendes fest: Eine schwere Zigarette „geht leichter aus“, sie brennt schwerer und muß von Nichtrauchern länger niedergestellt werden. Die Asche ist fest und schwer, d. h. die schwere, wenig Nikotin enthaltende Zigarette enthält mehr unverbrennbare Salze, ja daß der Verbrennungsprozess verlangsamt wird. Wie bei sonstigen Brennmaterialien, so tritt auch bei langsamer Verbrennung des Tabaks viel Kohlenoxyd. Die Erscheinungen der akuten Kohlenoxydvergiftung sind gleichen in wesentlichen Punkten denen einer Kohlenoxydvergiftung und treten auch auf, wenn man Rauch oder Kohlenoxyd, d. h. Materialien raucht, die überhaupt kein Nikotin enthalten. Die letzte Zigarette verbrennt schnell und vollkommener und ist infolge der dabei entstehenden kleineren Menge Kohlenoxyd leichter, trotzdem sie viermal soviel Nikotin enthält. Eine leichte Zigarette wird schwer, wenn man sie anfeuchtet, d. h. wenn man die Verbrennung erschwert. Nicht so sehr selten an einer leichten Zigarette, so daß sie nicht zum „Aufgehen“ nahe ist, so wird sie wie eine schwere Zigarette, weil größere Mengen Kohlenoxyd entstehen. Man vertritt die Ansicht, daß, wenn man nicht dafür sorgt, daß sie durch gut in Brand gehalten wird. Eine Schöpfelle ist schwer zu betragen, weil die dem Kopf im Innern anliegenden Tabakstücke nur unvollkommen verbrennen. Man vertritt die Schöpfelle leichter, wenn man sie weniger fest stopft, oder wenn man den eingeschlossenen Rauch durch die Pfeife selbst wieder ausläßt, d. h. wenn man die Verbrennung steigert. Der „Zigarettenstummel“ ist schwerer als der Anfang der Zigarette, nicht weil er mehr Nikotin enthält, sondern weil er feucht ist. Die nikotinhaltige Zigarette ist nicht deshalb leicht, weil sie wenig Nikotin enthält, sie enthält mehr Nikotin als die Habanna, sondern deshalb, weil sie wie Stroh verbrennt, d. h. weil sie sehr lose gewickelt ist. Brennt eine Zigarette leicht, oder frißt sich die Asche im Innern der Zigarette fort, um mehr der abgekühlten Spitze zu das Deckblatt unerwartet durchzubrennen, so weiß man, daß die Zigarette ganz unabhängig von ihrem Nikotingehalt nicht oder doch vornehmlich der Verbrennungsprozess erklärt und die sonst unverständlichen Widersprüche und Rätsel

der Schwere und Intensität der Giftwirkung eines Tabaks. Die wissenschaftlichen Versuche, soweit sie sich auf objektive Beobachtungen beziehen, haben den Fehler, daß sie den Raucher nicht miteinbeziehen. Wenn ich eine Zigarette durch eine gleichmäßig laufende Apparatur verbrenne, so ist auch der Verbrennungsprozess ein gleichmäßiger, d. h. die Gemischnheit des Rauchers, periodisch den Brand zu verfeinern, um ihn immer wieder durch Abkühlen der Zigarette zu reduzieren, wird nicht nachgeahmt.

Reinhold will ich begreifen, daß die chronische Nikotinerkrankung tatsächlich eine Nikotinerkrankung ist. Die Symptome dieser Erkrankung sind spezifisch. Die akute Raucherkrankung ähnelt der Kohlenoxydvergiftung und steht in keinem nachweisbaren Verhältnis zu dem Nikotingehalt, ja, sie pflegt in gleicher Schwere und unter denselben Symptomen einzutreten und zu verlaufen, auch wenn das Rauchmaterial überhaupt keinen Tabak enthält. Die oben gegebene Symptomatik erklärt es auch, warum die „Schöpfelle“, die Tabak und damit Nikotin unmittelbar auf die empfindlichsten Schleimhäute bringen, trotzdem keine Nikotinerkrankung bekommt.

Alle Straßen, Gimmungen kirchlicher und weltlicher Mächte gegen den Tabak sind erfolglos, so daß man sich schließlich resigniert und bei anderen Drogen und Genussmitteln dieser Gattung abblende, um für den Staat durch immer höhere Besteuerung etwas herauszuschlagen. Trotzdem aber wurde der Tabakkonsum nicht eingeschränkt. So wird der Raucher wahrscheinlich auch in Zukunft weiter rauchen. Diese kleine Abhandlung kann ihm daher von Nutzen sein, da er die Schädigungen und die subjektiven Beschwerden verringern kann, wenn er dafür sorgt, daß das Rauchmaterial gut brennt und die Zigarette Luft hat. So wird für ihn in der Praxis der Streit bedeutungslos sein, ob er durch Beachtung der hier entwickelten Regeln die Wirkung des Nikotins vermindert oder eine Kohlenoxydvergiftung vermeidet.

Laßt die Kinder Blumen pflegen.

Die Pflege von Blumen macht die Jugend mit der künftigen Natur vertraut; sie schärft mit der Beobachtung der täglichen Fortschritte des Wachstums und Gedeihens selbstgezügelter Pflanzen den Geist, vertieft das Gemüt und hält den jugendlichen Sinn von schädlichen Einflüssen der Straße fern. Der Blumen mit aller Sorgfalt pflegen lernt, wird auch Tiere pflegen und später Menschen zu behandeln wissen. Blumenzüchter sind selten schlechte Menschen und haben zumeist sehr gesunde, durch Beobachtung der Natur geläuterte Ansichten. Ist es nun schon sehr zu begrüßen, daß in vielen Volksschulen Blumenböden an die Kinder zur Verteilung gelangen, so sollten es auch die Eltern nicht daran fehlen lassen, ihre Kinder zur Acht von Blumen hinzulenken und ihnen Interesse für die lieblichen Schöpfungen der Göttin Flora beizubringen. Nicht nur Mädchen, auch Knaben sind für Blumenpflege empfänglich, diese sogar noch von leidenschaftlicher Art. Am besten ist es, man stellt dem Kinde ein Fenster zur Verfügung, wenn man ihm kein Gartenbeet zuweisen kann. Ein paar Topfe, ein Zigarettenkasten mit Erde gefüllt und durch Rindstreu mit dem oberen Fensterrahmen verbunden, genügen, um eine kleine Blumenzucht möglich zu machen. An den Stäben können sich Bohnen, Kresse, Wicken und Wicken emporkriechen; der untere Schmutz des Blumenfensters kann dagegen in ein paar Wasserpflanzen, Angelikablumen, Stiefmütterchen, Primeln, Erdbeeren und Veilchen bestehen.

Pflanzenwachstum und Elektrizität. Naturbeobachtungen haben ergeben, daß nach einem Sommerregen das Wachstum der Pflanzen stärker eintritt. Berichte über die Einwirkung der Elektrizität kann man bis in das 18. Jahrhundert nachweisen. Die vielfach schwankenden Forschungsresultate veranlaßten Dr. Oskar Dieterich, Versuche mit der bekannten Bohne Phaseolus vulgaris vorzunehmen, über die wir einen Bericht in der Zeitschrift „Die Technik in der Landwirtschaft“ finden. Dieterich legt dar, daß das verstärkte Wachstum der Pflanzen die teilweise in Nährbildung gelangen waren, lediglich eine sekundäre Erscheinung ist. Die Elektrizität bewirkt allein ein schnelleres Verleben der im Boden lagernden Salze. Kein physikalisches Gesetz ist aus dem erhöhten Futur von Salzen in den Zellwänden zu erwarten, daß ein erhöhter Wasser eintritt die Folge sein muß. Dr. Dieterich schreibt nun: Wohl läßt sich eine Wahrscheinlichkeit nicht ableiten, daß die Beeinflussung des Stoffwechsels durch den elektrischen Strom ableiten, aber das folgende Experiment beweist wohl noch mehr. Durch ein Versäumnis wurde am 6. Behandlungstag die Küftung und Abdeckung der Pflanzen unterlassen. In dem heißen geschlossenen Raum wurden die Pflänzlinge unter dem direkten Sonnenlicht direkt weiß, daß man ihnen die Not schon von weitem ansah. Da es Zeit zum Elektrifizieren war, wurde der Strom sofort angelegt und gelassen. Schon während des ersten halben Stunde führten die Blätter der elektrifizierten Pflanzen in Normalstellung zurück. Kräfte sich und haben im Gegenstand zu den anderen feil und gesund aus. Der Versuch zeigte nun beweisend, daß der Stoffwechsel durch den Einfluß des elektrischen Stroms erhöht werden kann. Das Experiment zeigt, daß der Bestimmungszustand eine Verminderung des Stoffwechsels darstellt, welche durch den Einfluß des elektrischen Stroms in geeigneter Anwendung wieder herbeigeführt werden kann. Bedenkt man, daß die Experimenten im großen hervorgehoben, daß zumal Salz aus dem Boden gelangt wird und daß infolgedessen zwar anfänglich der Ertrag der Ernte erhöht werden kann, daß dann aber ein Rückschlag eintritt, wenn der Landwirt nicht bei der Elektrifizierung rechtzeitig entsprechende Gegenmaßnahmen trifft, dem Boden neue Salze zuzuführen.

Die neue Langzeitigkeit. Die überlegende Mehrheit hat modernen Länge in kritischen Ursprung, und der Schinn in besonders der fest seinen Einzug in Europa gehalten hat. In ein echter und rechter Regierens, der in Neuheit salonsfähig wurde. Es stellt an die Kraft und Ausdauer der Länger hohe Anforderungen. Die Langzeitigkeit besteht in einem fortwährenden stillen Schließen der zuckenden Fische, woher auch der Tanz seinen Namen hat; denn „Schinn“ ist eine Verballhornung des englischen Wortes „Spinning“, das die zuckenden Bewegungen des Schillert freies bezeichnet. Wenn ein Regierens in halbe Stunde lang diesen Tanz gelangt hat, so muß das erschöpfte Paar, das gemüßig auf der Stelle schillert, sich als beflügelt erklären und ist so erschöpft, daß es von seinen Freunden nach Hause gebracht werden muß. — Höher geht wohl nicht!

Keine engen Egoisten dürfen wir sein; aber auch keine Phantasten, die für andere sorgen und nicht an sich selbst denken, die von Begelsterung überfließen, wenn sie die kommenden Jahrhunderte anreden, und den Nachbar vergessen und die nächste Zeit verjähren und überstolpern.

Th. Carlg.

Die Ökonomie in der Landwirtschaft einfließt und jetzt. Von Seiten der Großgrundbesitzer wird bei ihren stets wachsenden Forderungen auf Erhöhung der Preise für die landwirtschaftlichen Produkte besonders dem die Ökonomie in der Landwirtschaft in den letzten Jahren ganz gewaltig gestiegen sein.

Man unterteilt in Österreich zwischen Freiarbeitern, Deputanten und Anstellten. Die Freiarbeiter sind in der Regel Kleinrentner. Die Deputanten erhalten neben einem festen Jahreslohn freie Wohnung, freie Küche für eine Person, Futter für zwei Schafe und einen Morgen Karstfeldland.

Es stellen sich die Freiarbeiter nun einmal solche gegenüber, wie sie heute im Osten des Reiches auf Grund der allgemeinen ökonomischen Verhältnisse geformt werden. So finden wir z. B. für die Kreise Templin und Ankerwunde in der Provinz Brandenburg folgende Vereinbarung.

Die Ökonomie in der Landwirtschaft einfließt und jetzt. (Continuation of the article from the left page, discussing agricultural economics and labor conditions in Austria.)

Kaufmännische Entwicklungsmöglichkeiten für Bauern. In der Landwirtschaft sind wirtschaftliche Möglichkeiten zu erkennen. Die Bauern müssen sich auf den Markt stellen und ihre Produkte verkaufen.

Dr. Buch gab der Regierung Rat, dass man mit diesen Mitteln in der Landwirtschaft einen Fortschritt zu erzielen. Er schlägt vor, die Bauern zu unterstützen und ihnen bessere Bedingungen zu schaffen.

Polen. Falsche polnische Tausendmarkscheine. Die polnische Bundesbank hat bekannt gegeben, dass eine neue Gattung gefälschter Tausendmarkscheine mit dem Datum vom 17. 5. 1919 im Umlauf ist.

Die Schattierung der Farbe geht in Bronze über. Man auch solche in schmutzgrün vor. Auf dem Hinterrand des Bildes Rosenschwarz ohne Schattierung ist der Geißel verwickelt. Die Nummerierung ist weniger oval mit gleichmäßiger Differenzbildung von dunklerer Farbe.

Einleitung des Straßenbahnbetriebes in Posen. Einmal in der Straßenbahnverkehr infolge Lohnsteigerungen gestört. Heute Nacht die polnische vorgezeichnete Straßbahn nicht stattfinden, so daß sich Straßenbahnverkehr heute früh zur Einstellung des Betriebes genötigt sah.

Einbrecher Schmeißel wertvolles Diebesgut. Auf dem Bahnhof in Bentschen (Sachsen) wurde ein Mann festgenommen, der im Begriff war, mit 50 goldenen Damenuhren im Werte von rund einer halben Million Mark über die polnische Grenze zu gehen.

Aus aller Welt. Berlin. Ein Beitrag zur Psychologie der Kinder. Einmal in einer Verhandlung vor der Berliner Strafkammer angeklagt wegen Stillschleppens. Der Angeklagte war ein 9-jähriges Kind, das sich der Angeklagten eines Verbrechens gegen den Staat schuldig gemacht habe.

Advertisement for 'Billiger Seifen-Verkauf' (Cheap Soap Sale) featuring 'Drei-Lilien-Parfümerie'. Includes a list of various soap and perfume products with prices, such as 'Blumenauslesefettseife', 'Herba-Seife', and 'Rasierseife'. The sale is held at Langgasse 17/18, starting from Monday.

Fregolia
wechselt schneller ihre Kleider
als andere Frauen ihre Gedanken

Ämtliche Bekanntmachungen.
Eröffnung der Fließbäder am
Werbtertor
Sonntag, den 29. Mai.
Das Männerbad ist von 6 Uhr, das
Frauenbad von 7 Uhr morgens geöffnet. In
der Mittagspause von 11-1 Uhr sind die
Bäder geschlossen.
Von 1-2 Uhr mittags und mit Ausnahme
von Sonntags, Mittwochs und Freitags von
6-8 Uhr abends ist die Benutzung unent-
geltlich.
Wochentags von 4-6 Uhr nachm. sind die
Bäder dem Schwimmunterricht der Schulen
vorbehalten.
Die Preise sind folgende:
1 Badekarte 20 Pfg., 1 Zeilenkarte 50 Pfg.
Dauerkarte für den Sommer... 20.- Mark
Zulagekarte für jedes weitere
Familienmitglied des Dauer-
karteninhabers... 10.- Mark
Danzig, den 28. Mai 1921.
Der Senat. (4401)

Künstlerspiele
Danziger Hof
Direkt.: Alex Brauns Künstl. Leitung: P. Plücker
Lore Melner
Lorette? **Mai** **Kari Keller**
Pohl-Wagner **Vanity?**
Braun u. Braun **Peter Plücker**
Thomas u. Partner **3 Becklyn's**
Partner **Desider Kähler**
Annie Wilkens-Schulhoff
Janet und Olivia
Fischer und Bergl.
Künstlerdielo
Die Wiener Schrammeln Gehr. Dietrich
Motorwagen Zettling
Täglich 5-Uhr-See
Vorführung moderner Töne.

Kaffeehaus Bürgergarten
Karlshofstraße 27 Telefon 2457
Morgen, Sonntag, den 29. Mai
Familienkränzchen
Familien haben freien
Eintritt in den Garten
Anfang 4 Uhr Anfang 4 Uhr
M. Stappahn (4402)

Fregolia
wechselt schneller ihre Kleider
als andere Frauen ihre Gedanken
Café Elfert
39 Große Allee 32
Gute Getränke :: Täglich frisches Gebäck
Großer Familienverkehr
Schöner, geschützter Garten
Vereinzimmer Telefon 1257

Marineglanz
Jeden Donnerstag **5-Uhr-Tee**
Jeden Sonnabend u. Sonntag **Reunion**
moderne Tanzvorführungen
abends: Reunion
zwanglose Tänze
Sonntags, ab 1 Uhr mittags: **Tafelmusik**

Apollo Lichtbild-Theater
M. Damm 2. 4400
Spielplan vom 28. bis 31. u. 21.
Das letzte Abenteuer des T.-K.-Klubs
Präriestorme!
Der Storch im Salat

Kein Loben Keine Spesen
Berliner Konfektions-Vertrieb
Heilige Geißgasse 44, 1 Treppe
Staubend billiges
Ausnahme-Angebot.
Gerren-Wäsche
pa Stoffe beste Qualität
von 375 Mk. an
Gerren-Hosen
gehoben, beste Qualität
von 75 Mk. an
Gerren-Wäsche
mit Nadeln und Formen
abwärts 35 Mk.
pa Stoffe beste Qualität
von 510 Mk. an
Gerren-Hosen
gehoben, beste Qualität
von 450 Mk. an
Gerren-Hüte
abwärts 60 Mk.
Rat über Qualität!

Stadttheater Danzig.
Direktion: Rudolf Schaper.
Sonnabend, den 28. Mai 1921, abends 7 Uhr.
ermäßigte Preise!
Alt-Heidelberg
Schauspiel in 3 Akten von W. M. Meyer-Walden.
Spielleitung: Heinz Riebe. Inszenation: Emil Werner.
Personen wie bekannt. Ende gegen 10 Uhr.
Sonntag, abends 8 1/2 Uhr. „Eobengraben“
Montag, abends 7 Uhr. Ermäßigte Preise. „Alt-
Heidelberg.“ Schauspiel.

Neues Operetten-Theater
(früher Wilhelm-Theater.)
Tel. 4092. Tel. 4092.
Resident u. Direktor Paul Hansmann.
Künstl. Leitung: Dir. Sigmund Kunststadt.
Heute Sonnabend, den 28. Mai
Anfang 8 1/2 Uhr. Anfang
Die Scheidungsreise
Morgen Sonntag, den 29. Mai
Die Scheidungsreise
Dienstag, d. 31. Mai, abends 7.30 Uhr
Abschieds-Abend
für das gesamte Operetten-Ensemble
Vorverkauf auf Endtag! v. 10-4 Uhr nur
im Deumawerk Langgasse 69/70 statt.
Nach Schluß der Vorstellung:
Fahrverbindungen nach allen Richtungen.
In den Parterre-Räumen:
Klein-Kunst-Bühne „Libelle“

Hotel Danziger Hof
Wintergarten
Jeden Donnerstag **5-Uhr-Tee**
Jeden Sonnabend u. Sonntag **Reunion**
moderne Tanzvorführungen
abends: Reunion
zwanglose Tänze
Sonntags, ab 1 Uhr mittags: **Tafelmusik**



Infolge Umbau verhalten
zu staunend billigen Preisen
**Damen- und Herren-
Fahrräder**
Zubehör- u. Ersatzteile.
Wängel und Schläuche,
mit beste Friedensquali-
tät. (4360)
Reparaturen
sowie, jahrgemäß u. billig.
Lieferung erhaltet.
Großhandlung
L. Fenselau & Co.
Danzig, Petersilienstraße u.
Tel. 1112.

Turn- und Rasensport-Verband Danzig
(Toungau der Freien Stadt Danzig.)
Wettkampf im Kunstturnen
Hamburg-Danzig
am Mittwoch, d. 1. Juni 1921, abends 7 Uhr, in den „Danziger
Postallen“ (früher Werkspeisehaus), Wertgasse.
Siebenkampf: 2 Kriegerübungen am Reck, Barren, Pferd u. 1 Freilübung
Wertung nach den Bestimmungen des Deutschen Wettverbandes. Hervorragende
Turner Deutschlands zu Wettkampf beteiligt. **Der Turnausschuss.**
Vorverkauf im Sporthaus C. v. Rabe, Danzig, Langgasse; Spielplatz M. 3., Spiel-
platz M. 1., Abschlussspiel: Spielplatz M. 6., Spielplatz M. 4., Schülerkassen M. 2.

Bernstein
regal, hell
F. Schmidt,
Langebrücke an der
Arcator,ahre 535

**OHNE
viel
GELD**
erhält jedermann
MÖBEL
auf
KREDIT
zu kulanten Bedingungen.
Riesenauswahl in kompl. Zimmern,
Küchen etc sowie einzelnen Möbeln
und Polsterwaren
nur
im größten Kredithaus
BERTHOLD FEDER
Holzmarkt 27/28
Eingang Altstadt, Graben (4303)



**Alteisen
Metalle
Lumpen
Papier
Flaschen**
verkauft man immer
bestens
Ankerschmiedeg. 2.
Um Irrtümer zu ver-
meiden bitte Aufträge zur
Abholung nur dortselbst
aufzugeben. (4047)

Aufwärterin
für den Vormittag gesucht.
Leipold,
Paradiesgasse 14, 2 Tr.

Ihre Schuhe sind zerrissen!
Lediglich weil Sie einen zu scharfen Schuhputz
benützen, der das Leder zerfrisst. Dagegen ist
Cubus (4373)
die Schuhcreme, die das Leder unter Garantie schön.

**Varleté
Wintergarten**
Olivier Tor 10 Tel. 1925.
Beginn 7.30 Uhr
Direktion: Arthur Löwinski
Sonntag
Enden Sie hier die beste und
genussreichste
Unterhaltung
durch das
wunderbare Mai-Programm!!!
Ernst-Trio, Wild-West-Spiele
Willy-Schenk-Comp.
Sänger-Ensemble mit 10 Herrenstimmen
John Clement,
John Brown & Bedell
Dr. Angelos, lebende Porzellan
5 Pancherres, (440)
Capitän der Deschamps
Franz Romahn, Ballet parodist
Hans Rönt, Der Seltene!
Paul-Pastrol, Trappist
Die besten komischen Redner der Welt
Chas-Heng,
die Meister der modernen Musikinstrumente
Nach der Vorstellung in den
vorderen Säulenhallen
Vorverkauf täglich im Theaterbüro
Wintergarten ununterbrochen u. Deumawerk
Langgasse, Wochentags 10-5 Uhr
und Sonntags 11-1 Uhr

BORG-ZIGARETTEN
Die neue
Stambul
30 Pfg.
ÜBERALL ERHÄLTlich

Klavier Flügel
Stimmungen (4380)
sowie sämtliche Reparaturen
in und außer dem Hause
werden prompt u. sachgemäß
zu soliden Preisen ausgeführt
Piano-Fabrik Hansa Fabrik u. Kontor
Telephon 1895 Langgarten 10!

Wichtig!
Billigste Bezugsquelle für
Fahrräder,
Damen und Schläuche,
beste Friedensqualität.
Großes Lager in Erf.-
und Zubehörtellen.
Reparaturen
jahrgemäß, schnell u. billig.
Danzig, Fahrrad-entrance
Ernt Röhrl Röhrl,
Breitgasse 56. (4380)

**Alteisen,
Metalle,
Knochen,
Lumpen**
kaufen (3660)
Carl Danziger & Co.
Tel. 65 Old', Tel. 65
Zoppoter Straße 76.
Wir holen alles ab.